

BANGLADESCH-CHRONIK**Menschenrechte:**

(siehe auch: Todesstrafe, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Journalisten, Chittagong Hill Tracts, Frauen, Kinder, Landstreitigkeiten)

17. Januar 2011 Die Asian Human Rights Commission (AHRC) fordert die Rücknahme falscher Anklagen gegen die Präsidentin des Garment Workers Unity Forum (GWUF), Moshrefa Mishu (46). Die Verhaftung auf dem Höhepunkt der Proteste der Textilarbeiterinnen am 14. Dezember 2010 sei illegal. Inzwischen habe sich Mishus Gesundheitszustand in der Haft besorgniserregend verschlechtert.
27. Januar 2011 Moshrefa Mishu, Führerin der Textilarbeiterinnen-Gewerkschaft, kommt auf Kautions frei. Ihr Gesundheitszustand hat sich in der Haft sehr verschlechtert.
31. Januar 2011 In einem Krankenhaus in Shariatpur stirbt die fünfzehnjährige Hena Akhter an den Folgen von 70 von 101 Stockschlägen die ihr nach einem Fatwa-Urteil am 24. Januar 2011 verabreicht worden waren. Sie wurde beschuldigt, eine Affäre mit einem verheirateten Mann gehabt zu haben. Berichten zufolge war sie jedoch von ihrem Cousin vergewaltigt worden, der ebenfalls geschlagen wurde. Im Zusammenhang mit der Fatwa war auf Beschluss des High Court am 27. Januar 2011 Idris Ali Sheikh, ein Mitglied des Union Council aus Shariatpur festgenommen worden. Er soll das Fatwa-Gericht einberufen haben. Der Vater von Hena sagte vor Gericht aus, das Idris Ali Sheikh im Vorfeld angeboten habe, das Verfahren gegen eine Zahlung von 350 000 Taka abzuschließen, dann sei sie aber geschlagen worden. Ihre Schwester berichtete, dass Hena, die sich vom 25. bis zum 30. Januar im Krankenhaus befunden hatte, auf Druck der Dorfbewohner entlassen worden sei, obwohl sie noch nicht ausreichend behandelt worden sei. Am Folgetag habe sich ihr Zustand rapide verschlechtert. Die Polizeibehörde wurde am selben Tag aufgefordert, die an diesem Verfahren Beteiligten so schnell wie möglich zu verhaften und die Familie des Opfers zu schützen. Es gibt vierzehn Beschuldigte, darunter den hauptbeschuldigten Madrassah-Lehrer Saidur Rahman. Am 1. Februar 2011 werden Ermittlungen wegen Mordes aufgenommen. Am 21. Februar wird Latif Mir Malat in Dhaka festgenommen. Er war ein Mitglied des Fatwa-Gerichts.
5. Februar 2011 15 Frauen aus Satkhira und Jessore, die vor zwei Jahren von Schleppern mit dem Versprechen auf Arbeit nach Indien gebracht worden waren, kehren über Benapole nach Bangladesch zurück. Die Schlepper hatten sie in Mumbai an eine Bande verkauft. Später wurden sie von der Polizei befreit, kamen dann aber ins Gefängnis. Eine Menschenrechtsgruppe bezahlte die Kautions und brachte sie in ein Schutzhaus.
7. Februar 2011 Manik (20) und sein Bruder Shahid (25) werden in Asholia nördlich von Dhaka von Sicherheitskräften festgenommen. Manik wird noch am selben Tag aus der Haft entlassen – auf sehr zweifelhafte Art, indem er von Polizisten mit verbundenen Augen irgendwo ausgesetzt wird. Als

aber die Familie am Tag danach sich auf der Polizeistation nach dem Verbleib des Bruders erkundigt, heißt es, er sei nie in Haft gewesen. Die Familie hastet ins Krankenhaus, wo Shahid jedoch schon den Schusswunden erlegen ist. Anwesende Polizisten behaupten, es handle sich um einen gefährlichen Kriminellen und er sei bei einem Schusswechsel mit dem Rapid Action Battalion (RAB) ums Leben gekommen. Die Familie aber besteht darauf, dass sich Shahid ebenso wie Manik erst in Polizeigewahrsam befand und dann unbewaffnet an das RAB übergeben wurde.

10. Februar 2011 Überlebende von Säureattentaten fordern eine besondere Kammer am High Court, die Fälle von Säureattentaten bearbeiten und verhandeln soll, um schnelle Verfahren zu ermöglichen. Von 2002 bis 2010 gab es 1593 Vorfälle, aber die Verurteilungsrate ist gering. Die entsprechenden Gesetze würden nicht angemessen angewendet werden.
16. Februar 2011 Nach Angaben der Asian Human Rights Commission (AHRC) wird der 18-jährige Oberschüler Imtiaz Hossain Abir Opfer einer extralegalen Hinrichtung von Polizisten. Diese erklärten seinen Tod mit einem Kreuzfeuer. Abir habe mit Freunden einen Raubzug vorbereitet. Diese Behauptung ist nach Ansicht des AHRC falsch. Im Übrigen werde die Pallabi-Polizeistation in Dhaka nicht zum ersten Mal einer extralegalen Hinrichtung beschuldigt.
23. Februar 2011 Nach Aussage von Monira Rahman, der Geschäftsführerin der Acid Survivors Association, gab es in den vergangenen elf Jahren 2466 Säureanschläge, von denen 3135 Menschen betroffen waren. Im vergangenen Jahr 15 Fälle mit 153 Verletzten, darunter 110 Frauen.
- Von 2007 bis 2010 wurden über die Grenze von Satkhira 157 Frauen und Kinder nach Indien geschleppt. 85 wurden später befreit, in 136 Fällen wurde eine Anzeige erstattet, neun Gerichtsverfahren wurden abgeschlossen, aber keiner der Angeklagten bestraft. 34 Angeklagte wurden freigesprochen. Zur Zeit laufen 70 Gerichtsverfahren und 23 Fälle befinden sich noch im Untersuchungsstadium.
4. März 2011 Nach einer Gruppenvergewaltigung einer 24-jährigen Frau und anschließendem Übergießen mit Säure am 15. Juli 2010 in Gazipur kommt es nun zu zwei Anklagen gegen vier Männer. Die verletzte Frau wurde von ihrem Mann und Nachbarn gerettet und später ins Krankenhaus der Acid Survivors Foundation gebracht.
7. März 2011 Vom 6. Januar 2009 bis zum 28. Februar 2011 wurden 1088 Vergewaltigungen registriert, 148 Säureanschläge auf Frauen und 747 Fälle von Gewalt wegen der Zahlung von Mitgift. Nach Aussage von Odhikar wurden im Januar und Februar 2011 77 Frauen vergewaltigt, 559 im Jahr 2010 und 452 vom 7.1. bis zum 31.12.2009. Neun Säureopfer gab es im Januar und Februar 2011, 100 im Jahr 2010 und 75 im Jahr 2009. Es gab 56 Fälle von Gewalt wegen Mitgift im Januar/Februar 2011, 31 Frauen wurden getötet, 20 misshandelt und fünf begingen Selbstmord. 378 Fälle im Jahr 2010, davon 234 Frauen getötet, 122 misshandelt und 22 begingen Selbstmord. 378 Fälle im Jahr 2009,

davon 227 Frauen getötet, 81 misshandelt und elf begingen Selbstmord. Nach Aussage von Odhikar wurden im Jahr 2010 129 Frauen und Mädchen durch Stalker angegriffen oder verletzt. Zudem 25 Frauen und 127 Männer von Stalkern angegriffen oder verletzt, weil sie gegen das Stalking protestiert hatten. 25 Frauen und der Vater eines Opfers begingen wegen Stalkings Selbstmord. Zehn Frauen wurden nach einem Selbstmordversuch gerettet und sieben Frauen und 14 Männer von Stalkern getötet. Im Januar/Februar 2011 wurden 131 Frauen und Mädchen von Stalkern sexuell belästigt. Von diesen Frauen begingen sechs Selbstmord, 15 wurden verletzt, 33 angegriffen, drei Frauen entführt und drei entkamen einem Vergewaltigungsversuch.

8. März 2011 Die 20-jährige Manik (siehe oben, 7.2.2011) wird verhaftet. Offenbar soll Druck auf ihn ausgeübt werden, damit er das Rapid Action Battalion nicht der Folter und des Mordes an seinem Bruder beschuldigt. Amnesty International fürchtet mit der Familie, dass Manik in Sicherheitsgewahrsam gefoltert und sogar erschossen wird.

11. März 2011 Im Gefängnis von Lalmonirhat stirbt die 25 jährige Rekha Begum. Sie war vier Tage zuvor wegen Drogenhandels zu einer Haftstrafe von einem Jahr verurteilt worden. Familienmitglieder mutmaßen, dass sie an den Folgen von Folter starb. Nach Aussage der Gefängnisbehörde starb sie an einem Herzinfarkt.

20. März 2011 Mizanur Rahman, Vorsitzender der National Human Rights Commission, kritisiert, dass bei der anstehenden Volkszählung Dalits, Harijans, Transsexuelle und Prostituierte nicht erfasst werden. Jeder Bürger habe das Recht, in seiner sozialen Stellung und sexuellen Orientierung wahrgenommen zu werden, sagt er auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Manusher Jonno Foundation, FAIR und Bangladesh Harijan Oikya Parishad.

22. März 2011 Die National Human Rights Commission verabschiedet in Dhaka den Entwurf für einen strategischen Plan, in dem die Kernpunkte der Arbeit in den kommenden fünf Jahren festgelegt werden. Vorausgegangen waren fünf Workshops zu den Themen Rechte der Indigenen, Kampf gegen Menschenhandel, Rechte der Arbeitsmigranten, Frauenrechte und Zugang zu Heilmitteln.

23. März 2011 Mehrere Menschenrechtsorganisation fordern ein Ende der Repressalien gegen Odhikar und ihren Geschäftsführer Adilur Rahman Khan. Das Asian Forum for Human Rights and Development (Forum-Asia), die International Federation for Human Rights (FIDH) und die World Organisation Against Torture (OMCT) erklären in einem offenen Brief an Premierministerin Scheikh Hasina, Odhikar werde von Mitgliedern des Geheimdienstes ständig beobachtet und drangsaliert.

Der Student Student Limon Hossein wird in Jhalakathi von Schüssen des Rapid Action Battalion so schwer verletzt, dass sein Bein amputiert werden muss. Der Vorsitzende der National Human Rights Commis-

sion, Mizanur Rahman, kritisiert später den nicht gerechtfertigten Gewalteinsatz im angeblichen Kampf gegen Terrorismus.

26. März 2011 Innenministerin Sahara Khatun erklärt, das Rapid Action Battalion schütze die Menschenrechte. Dagegen machen Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisation das RAB für Hunderte extralegale Hinrichtungen verantwortlich.
28. März 2011 Im Falle der getöteten Hena Akhter (siehe oben, 31.01.2011) fordert der High Court die Regierung auf, gegen vier Ärzte in vier Punkten Anzeige zu erstatten: Fahrlässige Tötung, Unterschlagung von Beweisen, Erstellung eines falschen Berichtes zum Schutz der Täter, vorsätzliches Fälschen des Berichts. Die Ärzte des Krankenhauses in Shariatpur hatten bei der Leichenschau keine Verletzungen festgestellt. Bei einer späteren Autopsie in Dhaka wurden acht Abdrücke von Verletzungen festgestellt. Bei einer Anzeige wegen Totschlags kann keine Kautionsgewährung gewährt werden.
29. März 2011 Human Rights Watch fordert das Parlament in Bangladesch auf, staatliche Folter gesetzlich zu verbieten. Der AL-Abgeordnete Saber Hossain Chowdhury hat einen entsprechenden Antrag ins Parlament eingebracht.
1. April 2011 Nach Angaben der bangladeschischen Menschenrechtsorganisation Odhikar sind in den ersten drei Monaten 2011 mindestens 33 Menschen durch extralegale Hinrichtungen ums Leben gekommen. 28 von ihnen starben bei sogenannten „Crossfires“. Fünf Menschen wurden in der Zeit durch indische Grenzsoldaten getötet, darunter ein kleines Mädchen. 38 Menschen starben Odhikar zufolge von Januar bis März in Polizeigewahrsam, 37 durch Lynchjustiz. 2527 Menschen wurden landesweit bei politisch motivierter Gewalt verletzt.
3. April 2011 Die bangladeschische Menschenrechtsorganisation Ain o Salish Kendra beklagt ebenfalls mehr als 30 „Crossfires“ durch RAB. Sie fordert die Regierung auf, gegen die extralegalen Hinrichtungen vorzugehen.
5. April 2011 Der Spediteur Nahidul Haque wird in Chankharpool ohne konkrete Anklage verhaftet. Tags darauf wird auch sein Cousin Kawsar Hossain, ebenfalls Geschäftsmann, verhaftet, als er gerade eine Moschee verlässt. Beide werden nach Angaben der Asian Human Rights Commission von Mitglieder des Rapid Action Battalion gefoltert, geschlagen und mit Nägeln und Elektroschocks gequält.
6. April 2011 Kawsar Hossain Rajib und sein Cousin Nahidul Haque Sajib (beide 24) werden in der Hauptstadt vom RAB-10 verhaftet und anschließend gefoltert. Am Samstag werde sie mit schweren Verletzungen durch Schläge und Elektroschocks ins Dhaka Medical College Hospital gebracht. RAB wirft den jungen Männern vor, sie seien im Besitz von Waffen gewesen (2 Messer).
8. April 2011 Das US-State Department kritisiert in seinem in Washington veröffentlichten Menschenrechtsbericht 2010 zu Bangladesch vor allem die

extralegalen Hinrichtungen, Todesfälle in Haft, die Politisierung der Justiz, Diskriminierung von Frauen sowie Gewalt gegen Frauen und Kinder. (www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2010/sca/154478.htm) Die bangladeschische Außenministerin Dipu Moni bezeichnet zahlreiche Vorwürfe in dem Bericht als „unbegründet, nicht substantiell und unlogisch“. Dagegen fordert die BNP aufgrund des Berichts eine Rückkehr zu Demokratie und Menschenrechten.

10. April 2011 Außenministerin Dipu Moni bezeichnet den Menschenrechtsbericht der US-Regierung als substanzlos. Die Regierung hatte bereits in jüngster Zeit kritische Berichte zur Menschenrechtslage zurückgewiesen. So seien außergerichtliche Hinrichtungen seit dem Regierungsantritt im Jahr 2009 nicht mehr vorgefallen.
20. April 2011 Amnesty International fordert die Regierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Gewalt zwischen bengalischen Siedlern und den Indigenen in den Chittagong Hill Tracts zu beenden. Die Behörden müssten die Verantwortlichkeiten für die Todesfälle und Zerstörungen klären. Die Behörden hätten zugesichert, dass eine Untersuchung stattfindet und die Opfer entschädigt würden. AI fordert eine umfassende, unabhängige und unparteiische Untersuchung und auch die Umsetzung von Kernvereinbarungen des Friedensvertrages von 1997 einschließlich einer effektiven Landkommission und den Abzug von 400 Armeelagern.
21. April 2011 Die Bangladesh Nationalist Party BNP beschuldigt die Behörden, ihre inhaftierten Mitglieder Mirza Fakhrul Islam Alamgir, Salauddin Quader Chowdhury, Abdus Salam Pintu, Ehsanul Huq Milon, Nasiruddin Ahmed Pintu und Lutfozzman Babar mit Methoden zu foltern, die im Mittelalter und zuletzt von der Gestapo in Deutschland angewendet worden seien. Die BNP fordert auch die Freilassung der Dhakaer Jatiyatabadi-Mohila-Dal-Vorsitzenden Suraiya Begum und ihrer zwei Söhne.
22. April 2011 Der 22-jährige Shafiqul Islam Raja, ein 22-jähriger Angestellter in einem Kleidergeschäft in Sadarghat, stirbt im Dhaka Medical College Hospital an den Folgen von Folter. Am 11. April hatte ihn die Polizei nach Angaben seiner Mutter verhaftet. Ein Onkel hatte Anzeige erstattet. Angeblich fühlte er sich bedroht. Die Krankenhausärzte stellten Folterverletzungen am ganzen Körper einschließlich Brust, Nacken und Sexualorganen fest.
28. April 2011 Die schwedische Königin Silvia überreicht Monira Rahman und einem Säureopfer aus Bangladesch den „Worlds Children Honorary Award 2011“. Monira Rahman ist Gründerin und Hauptgeschäftsführerin der Acid Survivors Association in Dhaka und 2006 den Menschenrechtspreis der Deutschen Sektion von Amnesty International.
29. April 2011 In Paikgachha wird der Journalist und Menschenrechtsverteidiger FMA Razzak entführt und brutal misshandelt. Als Präsident des Human Rights Development Centre (HRDC) und Chefredakteur der Zeitung Gonomichhil hat Razzak immer wieder über Folteropfer der Polizei im

Distrikt Khulna berichtet. Angeführt von einem Major der bangladeschischen Armee haben etwa 20 Bewaffnete Razzak sowie seinem Bruder und einem Schwager an einer Bushaltestelle in Paikgachha aufgelauert. Razzak wurde solange geschlagen, bis er sein Bewusstsein verlor. Familienangehörige brachten ihn danach in das Khulna Medical College, das aber eine Behandlung wegen Drohungen durch den Major ablehnte. Razzak musste erst nach Dhaka ins dortige Medical College Hospital gebracht werden, wo man seine schweren Verwundungen behandelte. Razzak ist bereits 2004 und im November 2008 unter falschen Beschuldigungen vom Rapid Action Battalion (RAB) festgenommen worden. Seine Familie und die des Majors streiten um Landbesitz. Gerichte haben jedoch zu Gunsten von Razzaks Familie entschieden. Die Asian Human Rights Commission fordert von der bangladeschischen Polizei, dass sie Razzak vor weiteren Übergriffen schützt und eine angemessene medizinische Behandlung sicherstellt. Major Mustafizurv dient Berichten zufolge weiter unbehelligt in der Armee.

3. Mai 2011 Human Rights Watch kritisiert fortdauernde Übergriffe auf die Mitarbeiter des Bangladesh Center for Workers Solidarity (BCWS).
9. Mai 2011 Die Asian Human Rights Commission (AHRC) bittet in einem Brief an Prof. Mizanur Rahman, den Vorsitzende der National Human Rights Commission (NHRC) in Bangladesch, er solle FMA Razzak im Krankenhaus besuchen und für eine juristische Aufarbeitung eintreten. Auch der Parlamentsabgeordnete in Paikgachha, Sohrab Ali Sana, fordert Ermittlungen gegen die Täter. In der Zwischenzeit wurden allerdings wiederholt Zeugen und Familienangehörige des Opfers bedroht. (siehe oben, 29. April)
10. Mai 2011 In ihrem Bericht „Crossfire“ beklagt die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch anhaltende extralegale Hinrichtungen vor allem durch das Rapid Action Battalion in Bangladesch.

Mohammad Yunus ausgebootet:

2. November 2011 Prof. Muhammad Yunus hält bei einem Besuch im Mainzer Rabanus-Maurus-Gymnasium einen Vortrag über „Social Business“, also einem Unternehmertum, das sich dem sozialen Ausgleich verpflichtet fühlt.
26. Januar 2011 Prof. Muhammad Yunus (71), Friedensnobelpreisträger von 2006 und Gründer der erfolgreichen Mikrokreditbank, kann nicht am Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos teilnehmen. Weil er nur auf Kautionsfreiheit ist, durfte er Bangladesch nicht verlassen. Ein Abgeordneter der Awami League hat Yunus angeklagt, weil er alle Politiker des Landes als korrupt bezeichnet haben soll. Außerdem wird Yunus beschuldigt, Gelder der norwegischen Regierung für die Grameen-Bank veruntreut zu haben. Dieser Vorwurf ist jedoch bereits durch eine norwegische Untersuchungskommission widerlegt.

2. März 2011 Die Zentralbank Bangladeschs setzt Prof. Mohammad Yunus als Direktor der Grameen-Bank ab. Sie begründet dies offiziell damit, dass Yunus mit 70 Jahren das Rentenalter längst überschritten habe. Bangladeschs Regierung hält ein Viertel der Anteile an der Grameen-Bank. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Premierministerin Sheikh Hasina Wajed und Yunus zerstritten sind, seit dieser 2007 in der Zeit der Militärregierung eine eigene Partei gründen wollte. Yunus hat die Grameen-Bank 1983 gegründet. Der Staat ist mit 25 Prozent beteiligt.
3. März 2011 Prof. Yunus legt vor dem High Court in Dhaka Widerspruch gegen seine Entlassung bei der Grameen-Bank ein. Die anwaltliche Vertretung übernimmt Ex-Außenminister Kamal Hossain. Mehrere westliche Diplomaten äußern sich kritisch zu der Entlassung von Yunus.
8. März 2011 Yunus verliert den Rechtsstreit um seine Entlassung und beantragt Revision.
10. März 2011 Die Stiftung Opportunity International kritisiert vor der Presse in Köln die Entlassung von Friedensnobelpreisträger Mohammad Yunus. „Hier soll eine alte Rechnung beglichen werden“, sagt der Geschäftsführer der weltweit tätigen Mikrofinanz-Organisation, Stefan Knüppel. Gemeinsam mit Partnern unterstützt Opportunity International weltweit mehr als 1,9 Millionen Menschen in 25 Ländern mit Kleinstkrediten.
22. März 2011 Rashed Khan Menon, Vorsitzender der Workers Party in Bangladesch, kritisiert öffentliche Äußerungen des US-Vizeaußenministers zu Gunsten von Prof. Yunus als unzulässige Einmischungen in innere Angelegenheiten Bangladeschs. Das US-Außenministerium hatte erklärt, wenn die Affäre Yunus nicht respektvoll zu Ende gebracht werde, werde dies die amerikanisch-bangladeschischen Beziehungen belasten.
24. März 2011 Außenamtsstaatssekretär Mohamed Mijarul Quayes glaubt nicht, dass die Entlassung von Yunus die Beziehungen zu den USA dauerhaft belasten werde.
4. April 2011 Das oberste Gericht Bangladeschs weist den Einspruch von Muhammad Yunus gegen seine Entlassung bei der Grameen-Bank zurück. Nach Ansicht der Richter ist Grameen eine staatliche Bank. Damit gelte die im Staatsdienst übliche Altersgrenze von 60 Jahren.
24. April 2011 Prof. Yunus und die Grameen-Bank werden vom Vorwurf der Misswirtschaft im Umgang mit Hilfgeldern entlastet. „Bei finanziellen Transaktionen gab es keinerlei Unregelmäßigkeiten“, sagte Finanzminister Abul Maal Abdul Muhith in Dhaka. Die Untersuchungskommission habe auch keine Belege für den Vorwurf gefunden, das Mikrokreditinstitut verlange zu hohe Zinsen. Die Entlassung von Yunus aus der Grameen-Bank ist davon unberührt.
12. Mai 2011 Nach seiner Niederlage vor dem Verfassungsgericht tritt der 76-jährige Nobelpreisträger Muhammad Yunus als Direktor der von ihm gegründeten Mikrokreditbank zurück. Bis auf weiteres übernimmt den Posten seine bisherige Stellvertreterin bei der Grameen-Bank.

Todesstrafe:

10. März 2011 Ein Gericht in Dhaka verurteilt drei Männer zum Tode und einen weiteren zu lebenslanger Haft. Sie werden für schuldig befunden, am 5. Juli 2003 einen Schüler entführt zu haben, um ein Lösegeld zu erpressen. 14 Tage später wurde dessen Leiche in einem Wasserbehälter gefunden.
29. März 2011 In Sylhet verurteilt ein Gericht drei Männer zum Tode, einen davon in Abwesenheit. Sie werden für schuldig befunden, am 29. Juni 2003 in Sylhet einen Rikscha-Fahrer erschossen und ausgeraubt zu haben.
22. Juli 2011 Amnesty International wendet sich gegen die Ausweitung der Todesstrafe auf neue Delikte. Das Regierungskabinett hat beschlossen, dass Menschenhandel künftig mit der Todesstrafe belegt werden soll. Al fordert das Parlament auf, dem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen.

Justiz/Gesetze/ Gefängnisse:

(siehe auch: Menschenrechte, Korruption, Religion, Frauen)

6. Februar 2011 Der Justizminister kündigt an, dass eine alternative Streitlösung zur außergerichtlichen Klärung zivil- und strafrechtlicher Fälle verpflichtend gemacht werden soll. Ähnliche Regeln enthält bereits der Financial Loans Court Act seit März 2010.
18. Februar 2011 Abdul Matin, ein Sprecher der Sprachbewegung, fordert, dass Gerichtsurteile in Bangla geschrieben werden, damit sie verständlich seien. Zum Beispiel laufen Verhandlungen vor dem Supreme Court nur in Englisch. 295 Gesetze sind auf Bangla geschrieben, 703 in Englisch. Der Chief Justice schließt sich am 21. Februar der Forderung an.
28. Februar 2011 Mujibul Haque Chunnu, Parlamentarier des Koalitionspartners Jatiya Party, kritisiert die Regierung, sie habe unqualifizierte Personen zu Richtern am High Court ernannt.
3. März 2011 Auf eine Anfrage eines AL-Parlamentariers gibt der Justizminister an, dass Artikel 55 (3) der Verfassung zwar die Regierung unter die Kontrolle des Parlaments stelle, nicht aber die Justiz. Derzeit gebe es 237.002 Langzeitgerichtsfälle mit mehr als fünf Jahren Dauer, darunter 58 695 zivile, 78 395 strafrechtliche und 80 928 vor den Magistraten.
19. März 2011 Ein Workshop der Bangladesh National Women Lawyers' Association in Dhaka diskutiert einen Gesetzesentwurf zum „Victim and Witness Protection Act“. Laut Innenministerin Sahara Khatun stellen die bestehenden Gesetze nicht den Schutz von Zeugen und Opfern sicherstellen.
23. März 2011 Das Parlament verabschiedet das Administrative Tribunals (Amendment) Bill 2010 zur beschleunigten Bearbeitung der Rechtsstreite.

Innerhalb der vergangenen sechs Monate hat der High Court die Zahl der Fälle um 60 000 reduziert. Noch 295 000 Fälle sind anhängig.

5. April 2011 Das Parlament erklärt, dass die Justiz letztlich dem Willen der gewählten Politiker unterworfen ist.
7. April 2011 Acht Jahre nach einer High-Court-Entscheidung zu den Rechten von Gefangenen ist sie immer noch nicht umgesetzt. Die 15-Punkt-Direktive an die Regierung, Polizei, Gefängnisse und Justiz richtete sich gegen mögliche willkürliche Verhaftungen auf Verdacht und Folter in Polizeigewahrsam. Unter anderem sollten Verhörzimmer mit Glaswänden gebaut und bis dahin Verhaftete an den Gefängnistoren in Anwesenheit von Verwandten und Anwälten verhört werden. All dies wurde bisher nicht umgesetzt. Der Generalinspekteur der Gefängnisse sagt am 15. April, das Urteil sei ihm nicht bekannt. Es sei vor seiner Zeit ausgesprochen worden.
22. April 2011 Die Regierung plant Medienberichten zufolge ein Gesetz, wonach „Missachtung des Gerichts“ straflos bleiben soll, wenn der normale Prozessverlauf nicht behindert wird. Konstruktive Kritik soll straflos bleiben, wahre Kommentare in öffentlichem Interesse, Nachrichten über Korruption, Unregelmäßigkeiten, Inkompetenz und Ignoranz von Richtern. Strafbar sein wird unter anderem die Veröffentlichung von Informationen über Gerichtsabläufe betreffend die „öffentliche Ordnung oder Staatssicherheit“ sowie über vertrauliche Handlungen, Neuerungen oder Entdeckungen. Die Maximalstrafe ist sechs Monate Haft und/oder 2000 Taka Geldstrafe.
23. April 2011 Mehrere Zeitungen berichten, dass sich die Entlassung von Untersuchungshäftlingen auf Kautionsumlage um Tage oder Wochen verzögert, weil die Anordnung erst durch ein Büro des Supreme Court bestätigt werden muss. Die Regelung soll angeblich Fälschungen vorbeugen. Mit Bestechung soll sich die Zeit auf ein oder zwei Tage verkürzen.

Bestrafung der Kriegsverbrecher von 1971:

(siehe auch: Korruption)

17. Februar 2011 Bei einem Treffen in Ottawa mit ihrem kanadischen Amtskollegen Lawrence Cannon fordert Außenministerin Dipu Moni, den früheren Armeemoffizier SHMB Nur Chowdhury, einer der noch sechs flüchtigen Verurteilten wegen des Attentats auf Sheikh Mujibur Rahman im Jahr 1975, entweder nach Bangladesch oder, falls rechtliche Bedenken bestehen, in ein Drittland auszuliefern. SHMB Chowdhury war 1998 von einem bangladeschischen Gericht zum Tode verurteilt worden.
21. März 2011 Prozess und Todesstrafe gegen den im Befreiungskrieg verwundeten Generalleutnant Abu Taher sowie die Verurteilung von 16 weiteren Personen, darunter seine Brüder Anwar Hossain und Abu Yousuf und die Jatiya-Samajtantrik-Dal-Führer Hasanul Haq Inu und ASM Abdur Rob zu unterschiedlich langen Gefängnisstrafen werden vom High

Court für illegal erklärt. Der Prozess wegen Verschwörung gegen den Staat fand 1976 unter Kriegsrecht statt. Das Gericht ordnet nun an, dass Taher als „Märtyrer“ zu ehren ist und die 16 anderen als „Patrioten“. Den Familienangehörigen stehe Entschädigung zu. Verantwortlich für den „kaltblütigen Mord“ an Taher ist nach Ansicht der Richter niemand anderes als der damalige Staatspräsident Ziaur Rahman. Das Gericht fordert die Regierung auf, Abdul Ali, das einzige noch lebende Mitglied des damaligen Kriegsgerichts, wegen Mordes zur Rechenschaft zu ziehen.

25. März 2011 Genau ein Jahr nach Gründung des International Crimes Tribunal zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen von 1971 muss der Vorsitzende Md Shahinur Islam einräumen, dass es noch keinen Termin für einen Prozess gebe.
26. März 2011 Der frühere BNP-Abgeordnete und Ex-Minister Abdul Alim wird nächsten in seinem Haus in Jaipurhat verhaftet. Neun Stunden zuvor war der Haftbefehl vom International Crimes Tribunal ausgestellt worden. Alim soll 1971 in mehrere Kriegsverbrechen inklusive Mord, Vergewaltigung und Raub verwickelt gewesen sein. Er habe Hilfskräfte für die Razakar, Al-Badr und Al-Shams angeworben, die die pakistanischen Besatzer unterstützten. Alim habe mehrere Bengalen zur Akkelpur Madrassah bringen lassen, wo seine Gefolgsleute die Menschen umbrachten. In mindestens sieben Fällen lägen Augenzeugenberichte vor.
10. April 2011 Die Ankläger bitten das International Crimes Tribunal um Erlaubnis, die wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen inhaftierten Matiur Rahman Nizami und Ali Ahsan Mohammad Muzahid, beide führende Politiker der Jamaat-e-Islami, außerhalb des Zentralgefängnisses von Dhaka verhören zu dürfen. Sie schlagen dazu ein „sicheres Haus“ im Stadtteil Dhanmondi vor. Die Verteidiger sollten das Verhör von einem Nachbarraum aus verfolgen dürfen.
18. April 2011 Das International Crimes Tribunal lässt zu, dass Salauddin Quader Chowdhury, führender Politiker der Bangladesh Nationalist Party (BNP), einen Tag lang in einem „sicheren Haus“ in Dhanmondi und nicht im Gefängnis verhört wird.
18. Mai 2011 Human Rights Watch begrüßt die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen von 1971 auf der Grundlage des International Crimes (Tribunal) Act und fordert faire Verfahren.

Innenpolitik:

(siehe auch: Justiz)

6. Januar 2011 Zwei Jahre nach dem Wahlsieg der Awami League (AL) sind 53 Prozent der Bevölkerung noch mit der Arbeit der Ministerpräsidentin Scheich Hasina Wajed zufrieden. Bei der von der Zeitung „Daily Star“ in Auftrag gegebenen Umfrage schneidet sie bei den Männern und bei der städtischen Bevölkerung besser ab. 31 Prozent sagen, die Korrup-

tion sei angestiegen, 47 Prozent, sie sei zurückgegangen. Recht und Gesetz werden von 55 Prozent positiv bewertet. Jeweils 40 Prozent halten die Justiz für unabhängig bzw. für parteiisch. Nur 38 Prozent sind mit der Energiepolitik der Regierung zufrieden.

24. März 2011 Oppositionspolitiker Moudud Ahmed (BNP) warnt die Regierung davor, das System der Übergangsregierung (Caretaker Government) einseitig zu ändern. Diese Verfassungsbestimmung, die faire Wahlen garantieren soll, sei von allen Parteien gemeinsam beschlossen worden. Wer sie jetzt einseitig ändere, destabilisiere das Land.
- 29.3./3.4.2011 In 72 Upazilas und 12 Küstenbezirken werden die Gemeindeparlamente neu gewählt. Mindestens 70 Menschen sterben bei Zusammenstößen zwischen mehreren Parteien vor allem in Barisal und Bhola.
1. April 2011 Die BNP unterstützt die Proteste islamistischer Kräfte gegen die Frauenpolitik der Regierung. „Die BNP unterstützt grundsätzlich jede Bewegung oder Kampf gegen die Politik oder ein Gesetz, die gegen den religiösen Code verstößt“, sagt BNP-Generalsekretär Mirza Fakhrul Islam Alamgir, in Gulshan.
19. April 2011 Die Jatiya Party, größter Partner in der von der Awami League geführten Koalition, droht damit, die Regierung zu verlassen, falls nicht alle in den neunziger Jahren angestoßenen Verfahren den Vorsitzenden, Ex-Diktator Hossain M. Ershad, binnen zehn Tagen niedergelegt werden.
24. April 2011 Die Jatiya Party (JP), Mitglied der Regierungskoalition, wendet sich gegen Pläne der Awami League und linker Parteien, den Gottbezug und die Bestimmung zur Staatsreligion aus der Verfassung zu streichen und stattdessen den Säkularismus zu verankern. Außerdem tritt die JP gegen Forderungen nach einem Verbot religiöser Parteien ein. Unter anderem fordert die Ganatontri Party, dass Parteien, die 1971 gegen die Unabhängigkeit von (West-)Pakistan eintraten, verboten werden sollen.

Kampf gegen Korruption:

6. Februar 2011 Der ehemalige AL-Parlamentarier Shamim Osman, in Abwesenheit zu elf Jahren Haft verurteilt, stellt sich und wird inhaftiert. Kautions für eine medizinische Behandlung wird abgelehnt. Der Politiker ist bereits wegen Verschweigens von Vermögen und Steuerhinterziehung verurteilt.
27. März 2011 189 angebliche „Helden des Befreiungskrieges“, alle Mitglieder der Awami League, tragen diesen Titel, der mit gewissen Privilegien verbunden ist, zu Unrecht. 103 waren 1971 noch nicht einmal zehn Jahre alt. Nach einem Bericht von „New Age“ erhielten die Beamten pro Kopf Bestechungsgelder in Höhe von 500 000 Taka pro Person.
30. April 2011 Die Organisation Transparency International warnt in ihrem neuen Bericht „Klimawandel“ vor Korruption bei der Verwendung des Klimafonds. Besondere Gefahr drohe den Sundarbans, besonders wenn

neue und nicht getestete Organisationen beauftragt würden. Wenn die Sundarbans zerstört würden, wäre Bangladesch noch anfälliger für Klimadisaster. Der Bericht plädierte dafür, die Klimafonds transparent zu gestalten. Der Minister für Umwelt und Forsten Hasan Mahmud räumt ein, dass die Forstabteilung korrupt sei, aber nicht so sehr wie früher.

Innere Sicherheit/Polizei:

(siehe auch: Bildung/Universitäten, Religionen, Textilindustrie)

31. Januar 2011 Mohammad Shahid, von der Polizei des Mordes beschuldigt, wird bei einem "Feuergefecht" mit dem RAB in Dhaka getötet.
1. Februar 2011 Bewaffnete Räuber verwunden 20 Arbeiter und entwenden Geld sowie Wertgegenstände in Narayanganj.
- Bei einem Kampf zwischen Dorfbewohnern, die gegen Pläne für einen Flughafenbau demonstrieren, und der Polizei in Munshiganj wird ein Polizist, Motiur Rahman, getötet und 100 Personen verletzt.
- Bei einem Speedy Trial in Lalmonirhat werden 14 JCD und BNP-Aktivisten zu drei- bis vierjährigen Haftstrafen wegen der Plünderung der Räume der Assistentin des Staatsanwalt vor fünf Monaten verurteilt.
2. Februar 2011 Azgar Ali, ein Bewohner von Narayanganj wird bei einem Feuergefecht" mit dem RAB in Dhaka getötet.
3. Februar 2011 Hafizul Islam Reza, ein Kommandeur der Sharbohata-Partei PBCP, wird bei einem "Feuergefecht" mit dem RAB in Pabna getötet.
4. Februar 2011 Abdul Hamid, ein lokaler Anführer der PBCP, wird bei einem "Feuergefecht" mit dem RAB in Pabna getötet.
- Das RAB befreit 16 Arbeiter, die 2,5 Monate in Patuakhali festgehalten und gefoltert wurden.
5. Februar 2011 Nurul Islam Sumon, ein mutmaßlicher Krimineller, wird bei einem "Feuergefecht" mit der Polizei in Dhaka getötet.
6. Februar 2011 Hazrat Belal, ein regionaler Anführer der Gana Bahini, wird bei einem "Feuergefecht" mit der Polizei und dem RAB in Jhenaidah getötet.
8. Februar 2011 In Narsingdi werden fünf mutmaßliche Räuber von einem Mob getötet. Laut der Menschenrechtsorganisation Odhikar wurden in den ersten elf Monaten in 2011 insgesamt 130 Personen gelyncht.
9. Februar 2011 Die Polizei inhaftiert 25 Anführer und Aktivisten der BNP in Dhaka. In unterschiedlichen Polizeistationen sind sechs Anzeigen gegen 2000 ungenannte Personen eingegangen. Sie richten sich gegen Angriffe auf Sicherheitskräfte sowie Kundgebungen, die die Straße blockierten.

10. Februar 2011 Izibar Rahman, ein mutmaßlicher lokaler Anführer der PBCP, wird bei einem "Feuergeschehen" mit dem RAB in Pabna getötet.
18. Februar 2011 Dulal und Mashiur Rahman Madhu, zwei Mitglieder von Mashiur Rahman Madhu werden bei einem "Feuergeschehen" mit dem RAB sowie der Polizei in Jhenidah getötet.
24. Februar 2011 Bei einem AL-internen Kampf in Awliapur wird eine Person getötet und 19 weitere werden verletzt.
28. Februar 2011 Die Polizei inhaftiert einen Anführer der verbotenen Jamaatul Mujahideen of Bangladesh, Shahadat Hossain in Natore. Er ist unter anderem wegen Mordes angeklagt.
7. März 2011 Der UP-Kandidat Mujibur Rahman wird bei einem Zusammenstoß zweier rivalisierender Gruppen in Patuakhali getötet.
8. März 2011 Bei zwei angeblichen "Feuergeschehen" mit dem RAB in Dhaka und Narayanganj wird ein Mann getötet, Minu Parvej Tonu, und ein Mann verletzt.
11. März 2011 Russell Ahmed wird im "Kreuzfeuer" mit dem RAB in Dhaka getötet.
16. März 2011 Ein mutmaßlicher Krimineller, Faisal Ahmed Rony, stirbt in Polizeigewahrsam, als er im Polizeiwagen zum Gericht in Dhaka gefahren wird.
19. März 2011 Bei einem Zusammenstoß von Unterstützern zweier Kandidaten für den Union Parishad in Kishoreganj werden mindestens 20 Personen verletzt.
10. April 2011 Abul Hasanat, Sohn des Geschäftsführers der Islami Oikya Jote, Fazlul Haq Amini, wird im Dhakaer Stadtgebiet Dolaikhal von maskierten Bewaffneten entführt und elf Tage festgehalten. Er berichtet nach seiner Freilassung, seine Augen seien die ganze Zeit verbunden gewesen. Die Täter hätten vom Vater verlangt, dass die Partei ihre Kampagne gegen die neue Frauenpolitik beende. Amini macht Premierministerin Sheikh Hasina selbst für die Entführung verantwortlich.
25. April 2011 Zehn mutmaßliche Räuber werden bei einem "Feuergeschehen" mit der Polizei in Cox's Bazar getötet; diese hatten zuvor einen Dorfbewohner erschossen.
26. April 2011 Tikka Khan, lokaler Anführer der verbotenen Purba Banglar Communist Party (Marxist-Leninist), wird bei einem "Feuergeschehen" mit der Polizei in Pabna getötet.
27. April 2011 Tahmina Akhtar, die Witwe von Shafiqul Islam, der am 4. April im "Kreuzfeuer" getötet wurde, erstattet Anzeige gegen neun Verdächtige, darunter sechs RAB-Mitglieder.

Ziaur Rahman, lokaler PBCP-Führer, wird bei einem "Feuergeschehen" mit der Polizei in Pabna getötet. Mit ihm wurden seit dem 1. Januar 30 Personen im "Feuergeschehen" oder "Kreuzfeuer" getötet.

5. Mai 2011 Bei einem Zusammenstoß zweier rivalisierender Gruppen in Narsingdi werden mindestens 25 Personen verletzt.

7. Mai 2011 Bei einem Kampf zwischen Aktivisten der Awami League und dem BNP in Shariatpur am Vorabend der UP-Wahlen werden mindestens 50 Personen verletzt.

Bei einem Zusammenstoß rivalisierender Kandidaten für die Union Parishad-Wahl in Sripur werden mindestens 25 Personen verletzt.

Aufstand der Rifles:

24. Februar 2011 Bisher wurden wegen der an der „Mutiny“ vom Februar 2009 insgesamt 1065 BDR-Angehörige zu Strafen von vier Monaten bis zu sieben Jahren verurteilt.

13. April 2011 Vor einem Gericht in Dhaka werden 850 Zivilisten und Angehörige der Bangladesh Rifles wegen Beteiligung am Aufstand im Februar 2009 angeklagt. Die Drahtzieher sind weiterhin unbekannt. Die Untersuchungsberichte wurden nicht veröffentlicht. Die BDR sind zwischenzeitlich umbenannt worden in Border Guard Bangladesh. Der Staatsanwalt will 80 wegen Mordes, Brandstiftung, Raub und anderen schwereren Delikten anklagen. 21 der 850 Beschuldigten sind auf der Flucht. Zu der Zeit werden im ganzen Land hunderte BDR-Angehörige wegen der Meuterei abgeurteilt, für die sie Haft bis zu sieben Jahren bekommen. Dabei hat z. B am 7. Februar 2011 ein Sondergericht der BGB unter dem BGB-Generaldirektor einem Angeklagten erboten, eine Zeugenaussage zu hinterfragen. Einem Zeugen sagte der Angeklagte Nazimuddin: „Wenn Sie alle Angeklagten kennen, gegen die Sie ausgesagt haben, dann nennen Sie dem Gericht meine Hautfarbe.“ Der Zeuge blieb stumm. Der Staatsanwalt sagte dann „schwarz“ vor, was der Zeuge wiederholte. Das Gericht verbot, dass der Zeuge die Namen der Angeklagten nennen solle. Sepoy Rafikul Bari sagt aus, ein anderer Zeuge Jahidul Islam habe ihm gesagt, er sei Zeuge geworden „um seine Familie zu retten“.

Militär:

31. März 2011 Die UNO ehrt 1432 bangladeschische Blauhelme für ihren Friedensdienst in Liberia.

4. April 2011 2000 bangladeschische UN-Soldaten und 361 Polizisten bleiben bei dem von Unruhen begleiteten Machtwechsel in der Elfenbeinküste unverletzt.

Landstreitigkeiten/Vertreibung:

(siehe auch: Verkehr)

5. Februar 2011 Die nationale Koalition der Indigenen fordert eine exemplarische Bestrafung des Generalsekretärs der Juba League des Sylhet-Distrikts, dessen Bruder und fünf weiterer Männer. Diese hätten am 23. Januar 2011 eine Manipuri-Familie in Shibganj angegriffen, um deren Land zu besetzen, das einen Wert von 50 Millionen Taka hat. Fünf Familienmitglieder wurden verletzt.
7. Februar 2011 Acht Menschenrechtsorganisationen, darunter Transparency International Bangladesh und Ain O Shalish, Kendra verlangen den sofortigen Abbruch des Armee-Wohnprojekts in Rugganj, den Außenbezirken von Dhaka, sowie die Rücknahme der Klagen gegen Dorfbewohner. Sie fordern die Wiedereingliederung der wegen Kämpfen geflüchteten Bewohner sowie die Entschädigung von Familien der Demonstranten, die von Sicherheitskräften getötet wurden.
25. März 2011 Die vertriebenen Besitzer von 72 Häusern in Merajnagar im Stadtgebiet Kadamtali protestieren in Dhaka mit einer Menschenkette gegen die Vertreibung aus ihren Wohnungen. Insgesamt beteiligen sich mehr als 200 betroffene Frauen und Männer. Sie berichten, dass 300 Maskierte tags zuvor mit Polizeiunterstützung ihre Häuser gestürmt und sie vertrieben hätten. Die Immobilien befänden sich größtenteils seit 20 bis 25 Jahren im Besitz der Bewohner. Sie hätten die Nacht jetzt unter freiem Himmel zubringen müssen.
20. Juni 2011 Die Menschenrechtsorganisation FIAN, die sich speziell für das Recht auf Nahrung einsetzt, fordert ein Ende des anhaltenden globalen Landraubs. Anlässlich des Agrarministertreffens der G 20 in Paris erklärt FIAN, es müsse verbindliche Regeln für ein Ende des „Land Grabblings“ geben, damit nicht weiter Millionen Hektar fruchtbaren Ackerlandes verlorengehen.

Demonstrationen/Streiks:

(siehe auch: Menschenrechte)

10. Januar 2011 Nach einem Kurssturz an der Börse von Dhaka kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen verärgerten Anlegern und der Polizei
26. Februar 2011 In Dhaka werden hunderte Angehörige von bangladeschischen Gastarbeitern in Libyen der Regierung vor, sich zu wenig für die Landsleute in dem nordafrikanischen Land einzusetzen.
1. April 2011 Aktivisten der Islami Oikyo Jote (IOJ) demonstrieren in Dhaka gegen die Frauenpolitik der Regierung und das Verbot von Fatwas.

4. April 2011 Schüler von Koranschulen protestieren in Narayangonj gegen die Frauenpolitik der Regierung. Bei Zusammenstößen mit der Polizei werden 50 Personen verletzt. Zu den Streiks aufgerufen hat das Islamic Law Implementation Committee (ILIC). (siehe unter „Frauen“)
5. Juni 2011 Die Opposition legt das Wirtschaftsleben mit einem landesweiten Streik lahm. Die Polizei verhaftet mehr als 60 oppositionelle Politiker.

Medien/Pressefreiheit:

(siehe auch: Menschenrechte)

8. Februar 2011 Die internationale Organisation Committee to Protect Journalists (CPJ) beklagt, dass in Bangladesch weiterhin Berichte über die Sicherheitskräfte und die Justiz tabu seien. Außerdem lasse die Regierung die versprochene Transparenz vermissen. Politiker und Geschäftsleute übten praktisch permanent Druck auf die Medien aus. Egal welche Partei an der Regierung sei, reagiere sie allergisch auf Kritik.
27. März 2011 Die Bangladesh Federal Union of Journalists und die Dhaka Union of Journalists beschuldigen die Behörden, dass sie missliebige Journalisten drangsalierten. Vorausgegangen war ein Haftbefehl des Gopalganj Court gegen den Chefredakteur von Amar Desh, Mahmudur Rahman. Dieser hatte eine Vorladung des Gerichts missachtet, weil er gleichzeitig an einem anderen Gerichtstermin teilnehmen musste. Mahmudur Rahman wurde von Delwar Hossain Sardar wegen Diffamierung angeklagt, nachdem Amar Desh am 25. April 2010 die Liste der Kotlipara War Criminals veröffentlicht hatte. Darin finden sich auch die Namen von Spitzenpolitikern der Awami League und ihren Verwandten.
1. April 2011 Journalisten blockieren eine Stunde lang den Highway Rajshahi–Natore. Sie protestieren gegen einen Angriff durch Chhatra League-Aktiven im Rajshahi College, bei dem fünf Personen verletzt wurden.
8. April 2011 Teilnehmer eines ganztägigen Hungerstreiks vor dem National Press Club in Dhaka protestieren gegen die Gewalt gegen Journalisten in Bangladesch. In den vergangenen zehn Jahren seien 20 Journalisten bei ihrer Arbeit umgebracht worden, ohne dass ihren Familien anschließend geholfen wurde. Mehr als 2000 Journalisten seien zu Unrecht in Gefängnissen inhaftiert.

Bildung/Universitäten:

(siehe auch: Kinder, Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)

4. Februar 2011 Ein Jahr nach dem Mord an dem Studenten Mohammad Abu Bakar - Siddique in Dhaka hat die Polizei noch keinen abschließenden Bericht veröffentlicht.

15. April 2011 Nach einer Studie, die in 502 Haushalten in Mongagebieten und 510 Haushalten in den CHT durchgeführt wurde, gehen mehr als 50 Prozent der Kinder dort nicht zur Schule. Mehr als 41 Prozent der Kinder in den Mongagebieten besuchen die Grundschule, 13,3 Prozent die Sekundarstufe. In den CHT besuchen 26,7 Prozent die Grundschule und 16,6 Prozent die Sekundarstufe.

Kultur:

21. Februar 2011 Die Unesco ruft traditionell zum Internationalen Tag der Muttersprache auf. Der Gedenktag erinnert an den 21. Februar 1952. Damals haben Studenten in Dhaka (damals noch Ostpakistan) unter Einsatz ihres Lebens für ihre Muttersprache Bangla demonstriert. Die Regierung in Islamabad bestand auf Urdu als Staatssprache für ganz Pakistan.

7. Mai 2011 Bangladesch feiert den 150. Geburtstag von Rabindranath Tagore. Sein Lied „Sonar Bangla“ (Goldenes Bengalen) wurde zur Nationalhymne des unabhängigen Bangladesch. Tagore erhielt 1913 als erster Asiate den Literatur-Nobelpreis

7. Mai 2011 Der in Westbengalen geborene bangladeschische Maler Muhammad Kibria stirbt in Dhaka im Alter von 82 Jahren.

Religionen/religiöse Minderheiten:

(siehe auch: Innenpolitik, Demonstrationen/Streiks, Frauen)

9. Januar 2011 Virginia Rozario (65) und ihr Sohn Valentine Rozario alias Milton (29), beide Angehörige der christlichen Minderheit, werden in Dhaka brutal ermordet.

5. Februar 2011 Anführer der Hindu Gemeinschaft äußern ihre tiefe Besorgnis über das Versagen der Polizei, eine Serie identischer Tempel-Diebstähle in den vergangenen drei Monaten aufzuklären. Betroffen sind 24 Tempel.

19. März 2011 Die Islami Andolan Bangladesh demonstriert gegen das Fatwa-Verbot durchs Oberste Gericht und fordert, dass es rückgängig gemacht wird.

3. Mai 2011 Hindu-Bouddha-Christian Oikya Parishad, eine Plattform religiöser Minderheiten, ruft die AL-geführte Regierung dazu auf, den Bericht der Untersuchungskommission über die Unterdrückung von Minderheiten, öffentlich bekanntzumachen sowie in jedem Distrikt ein Komitee einzurichten, welches die Interessen der religiösen Minderheiten schützt.

23. Mai 2011 Laut Radio Vatikan und der Nachrichtenagentur Ucanews befürchten die Christen Unruhen, nachdem vier Aktivisten der Vereinten Demokratischen Volksfront im Osten Bangladeshs erschossen wurden.

Chittagong Hill Tracts:

(siehe auch: Menschenrechte)

8. Februar 2011 In Pahartali in Chittagong nimmt eine RAB-Einheit Michael Chakma, den Organisator für den Rangamati Distrikt der United People's Democratic Front (UPDF), fest.
17. Februar 2011 In Rangipara in Langadu werden mehr als ein dutzend Hütten zerstört und mehrere Indigene verletzt, als etwa 300 bengalische Siedler das Dorf angreifen. Die Dorfbewohner vermuten, dass der Angriff von Mitgliedern der Border Guards Bangladesh unterstützt wurde. Ähnliche Angriffe gibt es in Gulishakhali. Anlass war, dass ein bengalischer Siedler am 15. Februar in den Wald gegangen war, um Feuerholz zu sammeln, und nicht zurückkehrte. Einen Tag später fand man seine Leiche in Rangipara.
18. Februar 2011 Die UPDF ruft als Reaktion auf den Angriff in Langadu zu einer halbtägigen Straßen- und Flussblockade auf. In Kudukchari kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der UPDF und der Village Defense Party. Dabei werden einige Menschen verletzt und später zwei Aktivisten der UPDF vermisst.
18. Februar 2011 Die UPDF ruft als Reaktion auf den Angriff in Langadu zu einer halbtägigen Straßen- und Flussblockade auf. In Kudukchari kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der UPDF und der Village Defense Party. Dabei werden einige Menschen verletzt und später zwei Aktivisten der UPDF vermisst.
- Ein Jahr nach dem Gewaltausbruch in Baghaichari im Rangamati-Distrikt, bei dem mehr als 450 Hütten zerstört und zwei Indigene getötet wurden, werden immer noch zwei Menschen vermisst, Rupon Chakma aus Golakmachhara und Tokkolo Chakma aus Nagalmara. Zu dem Vorfall gibt es immer noch keinen abgeschlossenen Untersuchungsbericht der Polizei. Vor einem Jahr hatten der Staatsminister für CHT-Angelegenheiten, Dipankar Talukder, und das ständige parlamentarische Komitee des CHT-Ministeriums angekündigt, innerhalb einer Woche etwas zu unternehmen. Zum damaligen Zeitpunkt waren vier Personen verhaftet, aber dann auf Kaution wieder freigelassen worden.
23. Februar 2011 Die internationale CHT-Kommission fordert in einem Brief die Premierministerin Sheikh Hasina auf, eine hochrangige Untersuchungskommission einzurichten, um die jüngsten Angriffe in Langadu als auch die in Baghaihat und Khagrachari-Stadt von 2010 zu untersuchen, die dafür Verantwortlichen auf allen Ebenen zu identifizieren und zu bestrafen. Außerdem sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die Menschen zu schützen und weiteren Angriffen vorzubeugen. Berichten zu Folge sollen Indigene bei Protesten gegen die Angriffe in Langadu von Polizisten zusammengeschlagen worden sein.

3. März 2011 Der Supreme Court gewährt der Regierung die Erlaubnis, gegen das Urteil des High Court, der am 15. April 2010 den CHT Regional Council Act 1998 und Teile des daraus entstandenen Regionalrats und der drei Distrikträte für illegal erklärt hatte, Einspruch zu erheben.
4. März 2011 In Laksmichari im Khagrachari-Distrikt werden bei einem Streit auf einem Empfang für erfolgreiche Schulabsolventen mindestens zehn Menschen verletzt. Der Pahari Chhatra Parishad, der die Veranstaltung organisiert hat, beschuldigt im Anschluss ein Armeekontingent der Laksmichari-Zone, die Veranstaltung angegriffen zu haben, worauf sich die Anwesenden gewehrt hätten. Schließlich waren Warnschüsse abgegeben worden. Der Superintendent der Polizei gibt an, dass eine Gruppe von Menschen zunächst Ziegelsteine auf die Soldaten geworfen habe.
5. März 2011 Nach einer Studie in 25 Dörfern besteht für die Bevölkerung in allen Distrikten auf Grund der weltweit gestiegenen Nahrungsmittelpreise ein hohes Risiko für Nahrungsmittelunsicherheit.
8. März 2011 In Naraichari wird ein Soldat des bangladeschischen Grenzschutzes mutmaßlich bei einem Schusswechsel zwischen verschiedenen Gruppierungen der Indigenen verletzt. Die Parbatya Chattagram Jana Sanghati Samiti (PCJSS) und die UPDF weisen jede Beteiligung zurück. Der Battalionskommandant sagt aus, der Täter sei ein Mitglied der UPDF.
14. März 2011 Der parlamentarische Sonderausschuss für Verfassungsänderungen entscheidet, den Vorschlag zu machen, die Existenz indigener Völker in der Verfassung anzuerkennen. Vertreter der indigenen Völker sehen dies als wichtigen Schritt, um die Rechte und Traditionen der Indigenen zu schützen und deren Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen zu gewährleisten. Gegner meinen, dass eine explizite Anerkennung den Grundsatz des "gleichen Rechts für alle" widerspreche. Nach Angaben des Vizevorsitzenden soll jedoch nicht der Ausdruck "indigene Völker", sondern "kleine ethnische Gruppen" verwendet werden. Dies stößt bei den Indigenen und der CHT-Kommission auf große Kritik.
19. März 2011 Bei einem Angriff mit Schusswaffen auf Teilnehmer einer kulturellen Veranstaltung in Ramesu Bazar in Khagrachari werden mindestens elf Menschen verletzt. Die Organisatoren und die örtliche Bevölkerung beschuldigen die UPDF. Sie halten zwei für sie Verdächtige fest und übergeben sie der Polizei. Die UPDF verurteilt den Angriff.
1. April 2011 In mehreren Upazilas im Khagrachari-Distrikt gibt es einen akuten Mangel an sauberem Trinkwasser. Die meisten Brunnen des DPHE sind seit März funktionsuntüchtig geworden.
2. April 2011 Nach einer Studie von BLAST sind in den CHT trotz der Einführung von Zivil- und Strafgerichten sowie von Tribunalen zur Prävention von Frauen- und Kinderrepressionen seit dem 1. Juli 2008 am Stichtag 31. Dezember 2010 2500 Fälle vor Gericht anhängig.

14. April 2011 In Baghaichari im Rangamati-Distrikt werden Chijimoni Chakma, Mitglied einer Fraktion, die sich von der PCJSS gelöst hat, und dessen zweijährige Tochter von Unbekannten erschossen. Die Splittergruppe beschuldigt die PCJSS, die dies jedoch zurückweist.
17. April 2011 In Ramgarh und Manikchari im Khagrachari-Distrikt brennen bengalische Siedler 60 bis 100 Häuser von Indigenen in sechs Dörfern ab. Die Dorfbewohner flüchten in die Wälder. Zu der Gewalt kommt es, als in der Nähe von Shankhola Para bengalische Siedler damit begannen, auf einem kleinen Hügel, der den Marmas gehört, 50 Morgen Wald zu roden und Bananensetzlinge zu pflanzen. Die Indigenen protestierten dagegen und griffen die Siedler schließlich an. Drei Siedler sterben. Zunächst wird auch vom Tod eines Indigenen berichtet. Später wird bekannt, dass er sich im kritischen Zustand in einem Krankenhaus befindet. In anderen Orten werden in Folge Geschäfte und acht Häuser von Indigenen abgebrannt. Mindestens 20 Indigene werden verletzt, darunter drei Frauen.
19. April 2011 In Shankhola Para werden unter den Trümmern eines verbrannten Hauses Knochen gefunden. Der Besitzer des Hauses glaubt, dass es sich um die Leichen seines Vaters und seiner Tochter handelt, die seit dem Angriff vermisst waren. Die Polizei muss noch untersuchen, ob es sich um menschliche Knochen oder um die eines Tieres handelt. Nach Aussage von Indigenen lässt die Polizei keine Unterstützungslieferungen an die Betroffenen durch.
2. Mai 2011 Die CHT-Kommission äußert Besorgnis über die Schikanen gegen Organisatoren und Teilnehmer eines von der CHT-Kommission veranstalteten Workshops durch Mitarbeiter des Geheimdienstes am 28. April 2011 in Mohammadpur. Begründet wurde die Aktion des Geheimdienstes damit, dass auch Teilnehmer aus den CHT anwesend gewesen seien.
3. Mai 2011 Hunderte Indigene begeben sich auf einen 45 Kilometer langen Protestmarsch in Ruma im Bandarban-Distrikt. Bei ihrer Ankunft im Hauptquartier übergeben sie dem stellvertretenden Polizeipräsidenten ein Memorandum an die Premierministerin. Sie fordern eine Beendigung der Pläne, eine Militärgarnison um 9585 Morgen Land zu erweitern und ein Lager für die Border Guard Bangladesh zu errichten.
24. Mai 2011 Im Rahmen des UN Forums für indigene Angelegenheiten in New York fordert die International Jumma Organisation das UN Forum auf, die systematischen Repressionen der Armee und bengalischer Siedler gegen indigene Gruppen in den CHT stärker ins Visier zu nehmen. Der Friedensvertrag von 1997, der eine Demilitarisierung der CHT und eine gerechte Landverteilung vorsieht, müsse umgesetzt werden.

Indigene Bevölkerungsgruppen außerhalb der CHT:

(siehe auch: Landstreitigkeiten)

23. Februar 2011 In Dhaka wird das Buch "Bangladesher Adivasi: Ethnograph o Gobeshona" über das Erbe, Gebräuche und Sprachen der über 40 ethnischen Minderheiten vorgestellt.

12. März 2011 Bei einer Veranstaltung an der Universität von Dhaka fordern Aktivisten des Bangladesh Chhatra Sangram Parishad, dass alle 46 ethnischen Gruppen in der Volkszählung berücksichtigt werden. Bei der anstehenden Volkszählung werden 19 kleine ethnische Gruppen nicht erfasst. Sie fordern außerdem die unverzügliche Ergänzung des Cultural Institution for small Anthropological Groups Act 2010, damit die Daten aller ethnischen Gruppen erfasst werden.

Frauen:

(siehe auch: Menschenrechte, Justiz, Demonstrationen/Streiks, Innenpolitik, Textilindustrie, Kinder, Landwirtschaft, Umwelt)

25. Januar 2011 Die Staatsministerin für Frauen und Kinder, Shirin Sharmin Chowdhury, fordert beim 48. Treffen der UN in Genf die vollständige Umsetzung der UN-Konvention zur Eliminierung jeder Form der Diskriminierung von Frauen.

31. Januar 2011 In Comilla stirbt eine Highschool-Schülerin an den Folgen ihrer schweren Brandverletzungen, die ihr am 23. Januar 2011 von einem Nachbarn zugefügt worden waren. Zwei Tage zuvor war sie nach siebenmonatiger Schwangerschaft von einem Kind entbunden worden. Die Schülerin war nach der Vergewaltigung durch diesen Nachbar schwanger geworden.

5. Februar 2011 In Sadabari im Damurhuda Upazila wird eine schwangere Frau mutmaßlich von ihrem Mann und dessen Familie wegen eines Mitgiftstreits zu Tode geprügelt.

6. Februar 2011 In Jogadah begeht eine Highschool-Schülerin Selbstmord, nachdem ihr Freund, ein Mann aus einer einflussreichen Familie, sie nach einem Heiratsversprechen am 27. Januar 2011 vergewaltigt hatte. Als er das Versprechen nicht einlösen wollte, ging ihr Vater, ein Tagelöhner, zur Polizei, um Anzeige zu erstatten. Ein Mitglied des Union Parishad und andere einflussreiche Dorfbewohner hielten ihn davon ab und zahlten ihm schließlich eine Kompensation von 60 000 Taka. Gegenleistung war eine Verpflichtung, keine rechtlichen Mittel einzuschalten. Als die Schülerin in der Schule von dieser Vereinbarung erfährt, begeht sie Selbstmord.

16. Februar 2011 In Paranpur im Faridpur Sadar Upazila wird in einem Mitgiftstreit eine Frau vor den Augen ihres Vaters von ihrem Mann mit Kerosin

- übergossen und angezündet. Sie stirbt auf dem Weg zum Krankenhaus.
21. Februar 2011 In Bharatpur im Monirampur Upazila verübt eine 27 jährige Frau Selbstmord. Ursache sind mutmaßlich die Misshandlungen durch ihren Ehemann wegen der Zahlung von Mitgift.
23. Februar 2011 Zwei Organisationen ethnischer Minderheiten in Rajshahi und im Godogari Upazila fordern eine exemplarische Bestrafung der Vergewaltiger von Serafina Mardi, einer Jugendlichen, die einer Minderheit angehört. Sie war am 4. April 2010 von Männern, die ebenfalls der Minderheit angehören, vergewaltigt worden. Nach der Tat hatte sie Anzeige gegen neun Männer erstattet. Die Beschuldigten einigten sich jedoch mit ihrer Familie auf eine Kompensationszahlung von 140 000 Taka. Zudem wurde sie mit einem der Männer verheiratet. Als dieser sicher war, dass ihm keine Strafverfolgung drohte, ließ er sich wieder von ihr scheiden. Am 17. Februar 2011 hat sie sich in Amptulipara selbst angezündet und war am 21. Februar 2011 gestorben. Nach der Vereinbarung zwischen ihren Eltern und den Tätern am 24.11.2010 hatte sie mehrfach versucht, sich umzubringen. In der Nacht vom 23. Februar 2011 verhaftet die Polizei zehn Männer in einer Kirche im Godagary Upazila, darunter den Chief der Santal-Gemeinde. Die Namen der verhafteten Männer stimmen nicht mit denen überein, die Serafina Mardi genannt hatte.
3. März 2011 Nach einem Bericht von UNICEF werden zwei von drei Mädchen im Alter zwischen zehn und 19 Jahren verheiratet. Mit 66 Prozent ist dies die höchste Rate weltweit. Heranwachsende stellen ein Viertel der Gesamtbevölkerung Bangladeschs.
7. März 2011 Das Kabinett nimmt den Entwurf der lang erwarteten Richtlinien zur Förderung von Frauen 2011 an. Sie basieren auf Ergebnissen der Frauenkonferenz von Peking 1997. Sie sollen u.a. eine vollständige Chancengleichheit und Kontrolle in Bezug auf das Recht auf Land, auf erwirtschaftetes Eigentum, auf Erbschaft und Kredite ermöglichen. Nach Ansicht religiöser Extremisten befinden sich die Richtlinien nicht im Einklang mit der Scharia und dem muslimischen Familienrecht.
12. März 2011 In Mirbagh in Dhaka wird eine 20 jährige Frau von ihrem Mann so misshandelt, dass sie an den Folgen stirbt. Ursache ist, dass ihre Familie keine Mitgift bezahlen wollte.
17. März 2011 Auf seiner Generalversammlung lehnt das Samjtantrik Mahila Forum den Entwurf der nationalen Frauenrichtlinien 2011 ab. Sie seien nicht anders als die früheren, die undemokratisch und diskriminierend gewesen seien. In die Überlegungen seien auch nicht die Forderungen der Frauenorganisationen und -bewegungen aufgenommen worden. Die Forderungen nach gleichem Erbrecht auf Eigentum und die Ratifizierung der Artikel 2 und 16 der CEFDW seien total ignoriert worden.
18. März 2011 Eine 17-jährige wird mit lebensgefährlichen Verbrennungen in eine Klinik in Dhaka gebracht. Sie war von ihrem Ehemann in Ershad Nagar

in Gazipur mit Kerosin übergossen und angezündet worden. Ihr Bruder gibt als Grund an, dass sie sich geweigert hatte, eine Mitgift zu zahlen.

In Pabna wird die aufgehängte Leiche einer 25-jährigen Frau gefunden. Nach Auskunft der Nachbarn hatte ihr Mann sie in der Nacht zuvor wegen Mitgift geschlagen. Die Polizei vermutet, dass sie an den Folgen der Schläge starb und ihr Mann es wie einen Selbstmord aussehen lassen wollte.

28. März 2011 Nach Auskunft des Bangladesh Legal Aid Services Trust (BLAST) gab es 2010 3900 Anklagen wegen häuslicher Gewalt auf der Grundlage von Mitgiftforderungen.
29. März 2011 Ain o Shalish Kendra verurteilt Äußerungen des Muftis Fazlul Haq Amini, Amir des Islami Ain Bastobayan Committee. Er sagte am Vortag in einer Pressekonferenz, die Anzahl illegitimer Kinder in Bangladesch werde zunehmen, falls die neue Frauenpolitik der Regierung umgesetzt werde. Die Äußerung verletze die Persönlichkeit, die Würde und die Rechte der Frauen.
- Eine 32-jährige Frau, die mutmaßlich von ihrem Ehemann am 21. März 2011 in Tallabagh wegen Mitgift geschlagen wurde und Gift verabreicht bekam, stirbt in einem Krankenhaus in Dhaka.
4. April 2011 Islamistische Gruppen rufen für heute zu einem Generalstreik auf, um gegen den von der Regierung verabschiedeten Entwurf der nationalen Richtlinien zur Förderung von Frauen zu protestieren. Geplant ist unter anderem, dass Frauen im Erbrecht den Männern gleichgestellt werden. Dagegen erklärt Mufti Fazul Haq Amini von der Islami Oikya Jote (IOJ), Frauen könnten nie den Männern gleich sein. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei. 120 Menschen werden vorübergehend festgenommen. In Jessore kommt ein Mensch ums Leben. Die Demonstranten fordern eine Rücknahme der Richtlinien. Sie seien gegen den Koran. Bei den Protesten demonstrieren sie auch gegen das Verbot von Fatwas und die nationale Bildungspolitik.
5. April 2011 In Athia im Naogaon Sadar Upazila tötet ein Mann bei einem Mitgiftstreit seine Frau und verletzt die Tochter.
- In Gopinathpur im Noakhali Distrikt wird eine 28 jährige Frau in einem Mitgiftstreit mutmaßlich von ihrem Mann und dessen Eltern zunächst geschlagen und dann mit Gift getötet.
7. April 2011 In Kishoreganj wird eine 25 jährige Frau mutmaßlich von ihrem Mann in einem Mitgiftstreit zu Tode geprügelt.
16. April 2011 In Kandirpa im Kabirhat Upazila stirbt eine Frau an ihren Brandverletzungen, die ihr drei Tage zuvor von ihrem Mann und dessen Familie in einem Mitgiftstreit zugefügt worden waren.
21. April 2011 An der Grenze von Atapara in Jaipurhat nach Indien befreien Mitglieder des Grenzschutzes 17 Frauen und Kinder aus Cox's Bazar aus

den Händen eines Schleppers. Der 35 jährige Mann aus dem Ukhia Upazila wird verhaftet und gegen neun weitere Personen Anzeige erstattet.

25. April 2011 Nach Aussage der Menschenrechtsorganisation Odhikar wurden vom 1. Januar bis zum 31. März 203 Mädchen und Frauen Opfer von Belästigungen und Stalking. Zwölf haben aus diesem Grund Selbstmord begangen.
28. April 2011 Ein Lehrer aus Feni wird wegen Misshandlung seiner Frau wegen Mitgift zu drei Jahren Haft und einer Geldstrafe verurteilt. Seine Frau hatte Anzeige erstattet.
2. Mai 2011 In Dhaka wird eine 32 jährige Frau ins Krankenhaus gebracht, die von ihrem Mann in einem Mitgiftstreit niedergestochen wurde, weil ihre Familie nicht die Mitgift von 100 000 Taka gezahlt habe.
4. Mai 2011 Ein Gericht in Siraganj verurteilt elf Männer zu lebenslanger Haft, davon fünf in Abwesenheit. Sie werden für schuldig befunden, bei Ausschreitungen nach den Wahlen 2001 eine Jugendliche im Ullaparia Upazila vergewaltigt zu haben. In dieser Zeit wurden 355 Hindus getötet und tausende verletzt.
5. Mai 2011 In Baltala im Kathalia Upazila werden ein Ehepaar und dessen Tochter wegen eines Landkonflikts vom Neffen des Mannes mit Säure übergossen.

Kinder:

(siehe auch: Menschenrechte, Bildung)

3. Februar 2011 Ein Grundschullehrer in Begumganj in Noakhali wird zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er wird schuldig befunden, über zwei Jahre eine Schülerin sexuell belästigt zu haben.
8. Februar 2011 Nach Angaben der Bangladesh Domestic Helps´ Federation wurden in acht Jahren 300 Haushaltshilfen getötet. Zurzeit gibt es landesweit mehr als eine Million Haushaltshilfen.
9. März 2011 In Dhaka wird ein zehnjähriger Junge, der als Haushaltshilfe arbeitet, von seinen Arbeitgebern aus dem 6. Stock des Hauses geworfen. Dabei wird er schwer verletzt. Zuvor war er bereits misshandelt worden, weil er ohne Erlaubnis seinen älteren Bruder besucht hatte.
21. März 2011 Informationsminister Abul Kalam Azad kündigt eine neue National Children Policy an. Kinder, die straffällig werden, dürften nicht in Haft kommen. Diskriminierung, Gewalt, Missbrauch und Vergewaltigung von Kindern müssten gestoppt werden. Kinderarbeit werde verboten.
26. März 2011 In Rajarbagh in Dhaka wird ein zehnjähriges Mädchen, das gezwungenmaßen als Haushaltshilfe gearbeitet hatte, auf der Straße liegend

von ihrem Bruder aufgefunden. Berichten zu Folge war sie von ihren Arbeitgebern geschlagen und auch nicht ausreichend ernährt worden. Außerdem war ihr Chili in die Augen gesteckt worden. Sie wird in ein Krankenhaus gebracht. Ain o Salish Kendra nimmt sich des Falles an.

29. März 2011 Nach einer Studie von UNICEF wenden sich die meisten Kinder, die Opfer sexueller Gewalt wurden, nicht an die Polizei, weil es kein Vertrauen in die Justiz gibt. Von 40 Mädchen wandten sich nur zwei an die Behörden und erhielten rechtzeitig Hilfe. 43 Prozent der Prostituierten geben an, dass sie als Kinder sexuell missbraucht wurden. Jungen, die Opfer wurden, werden in der Regel von sozialen Führungspersonlichkeiten erst gar nicht angehört.
5. April 2011 Nach einer Studie von ILO-UNICEF von 2007 arbeiteten 147 000 Kinder zwischen sechs bis siebzehn Jahren als Haushaltshilfen in der Region Dhaka. Weitere 420 000 der selben Altersgruppe im übrigen Land. Laut einer Studie des Bangladesh Institute of Labour Studies gibt es für die Haushaltshilfen, unabhängig ob Kind oder erwachsen, keine Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen. 46,6 Prozent arbeiten täglich elf bis zwölf Stunden, 16,8 Prozent 15 bis 16 Stunden, 13,6 Prozent neun bis zehn Stunden, 6,7 Prozent sechs bis acht Stunden, 6,7 Prozent 13 bis 14 Stunden, 6,6 Prozent 17 bis 18 Stunden. Im Jahr 2009 wurden 37 Haushaltshilfen getötet und 34 verletzt, im Jahr 2010 56 Haushaltshilfen getötet und 30 verletzt.
11. April 2011 Der neunjährige Junge Belal wird nach einem Bericht des „Daily Star“ in Khulna zunächst von einem Mob in Khulna misshandelt, weil er altes Eisen von der Straße aufgelesen hatte. Anschließend wird er verhaftet und in der Haft gefoltert.
17. April 2011 In einem Dorf in Jamalpur stirbt ein zehnjähriges Mädchen zehn Tage nach der Vergewaltigung durch einen 35 jährigen Mann. Obwohl sie von der Vergewaltigung berichtete, bekam sie keine medizinische Behandlung, da der Täter erreichte, dass Vater und Onkel des Mädchens gegen eine Geldzahlung keine Anzeige erstatteten.
29. April 2011 In einem Krankenhaus in Dhaka stirbt ein achtjähriges Mädchen, das seit vier Monaten als Haushaltshilfe gearbeitet hatte und mutmaßlich von ihren Arbeitgebern misshandelt wurde. Die Polizei nimmt das Ehepaar fest.
30. April 2011 Bei einer Demonstration fordern Menschenrechts- und Frauenaktivistinnen eine Politik für Haushaltshilfen. Von Januar bis April 2011 seien mindestens 14 oder 15 Haushaltshilfen getötet worden. Ihnen werden Rechte auf eine angemessene Unterkunft, einen angemessenen Verdienst, auf geregelte Arbeitszeiten, auf eine Anerkennung als Beruf und eine Gewerkschaft vorenthalten.
2. Mai 2011 In Dhaka wird die Filmschauspielerin Nargis Akhter Nishi festgenommen. Ihr wird vorgeworfen, ihre zwölfjährige Haushaltshilfe in den Selbstmord getrieben zu haben. Die Schauspielerin gibt zu, sie miss-

handelt zu haben, weil diese Wertgegenstände aus ihrem Haus gestohlen habe.

5. Mai 2011 Nach einer Studie des Bangladesh Institute of Labour Studies starben in zehn Jahren 398 Haushaltshilfen nach Gewaltanwendungen.

Armut/Nahrungsmittelknappheit:

(siehe auch: Landstreitigkeiten, Frauen, Kinder)

22. März 2011 Nach Angaben von Ain o Salish Kendra leben in ganz Bangladesch 900 000 Bettler auf der Straße, davon 100 000 in Dhaka. Viele von ihnen seien Kinder.

Landwirtschaft/Fischerei:

10. Februar 2011 Eine Kampagne von Oxfam und dem Zentrum für globalen Wandel fordert, dass auch weibliche Farmer zum Schutz ihrer Rechte eine Identitätskarte erhalten, die sie als Farmer ausweisen. Sie fordern eine adäquate Schulung, die Reservierung von Plätzen auf jedem Markt und die Bereitstellung der neuesten Informationen über Landwirtschaft.

Gesundheit/ Bevölkerungsentwicklung:

2. Februar 2011 Geschätzte 1,3 Millionen Einwohner Bangladeschs sind insulinpflichtige Diabetiker. Insgesamt leiden über sechs Millionen Einwohner an Diabetes.

7. Februar 2011 In Hatibandha starben seit dem 31. Januar 2011 25 Einwohner, die meisten davon Kinder, an einer Enzephalitis, die durch das Nipah-Virus ausgelöst wurde.

24. Februar 2011 Seit Januar 2011 wurden 151 222 Hühner, die mit der Vogelgrippe infiziert waren, gekeult.

28. Februar 2011 Am 15. März soll die 5. Volks- und Hauszählung beginnen. Sie dauert vier Tage. Drei Monate nach Abschluss soll ein vorläufiger Bericht, nach 18 Monaten der Landesbericht und nach 24 Monaten der Bericht für die Gemeinden veröffentlicht werden. Es sollen Basisdaten erhoben werden einschließlich Alter, Geschlecht, Bildung, Beruf, Familienstand, Religion, Behinderungen, Ethnie. Zu den Unterkünftigen Informationen zu Qualität, Besitz, Trinkwasserquelle, das Vorhandensein von Toilette und Elektrizität.

30 März 2011 Bei einem Treffen mit Journalisten berichtet Gesundheitsminister Ruhul Haque, dass die Regierung den Entwurf für die nationale Gesundheitspolitik fertig gestellt habe. Danach sollen extrem Arme in den staatlichen Krankenhäusern eine kostenlose Behandlung erhalten. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung stellt ein Recht dar. Für je 6000

Einwohner soll es eine Klinik geben. Die medizinische Bildung und Gesundheitsversorgung soll für die Allgemeinheit erschwinglich sein. Der Entwurf enthält keine spezifischen Richtlinien für den privaten Sektor, der 80 Prozent der Gesundheitsversorgung übernimmt.

1. April 2011 Nach einer Studie, die von Oktober 2010 bis Januar 2011 in zehn Slums in Dhaka durchgeführt wurde, sind 80,7 Prozent der Frauen über 60 Jahren krank und 75,2 Prozent der Männer dieser Altersgruppe. Ursachen sind der Mangel an Arbeit, Gesundheitsversorgung und sauberem Trinkwasser. Die häufigsten Erkrankungen sind Schmerzen, Schwäche, Asthma oder andere Atemwegserkrankungen, Gastritis und Magengeschwüre, Rheumatismus und Augenerkrankungen. Die meisten älteren Slumbewohner haben Seheinschränkungen. Mehr als 90 Prozent der Bewohner suchen Behandlungen gegen ihre Krankheiten und gehen deswegen zu den örtlichen Apotheken. Nur ein Zehntel erhält eine staatliche Unterstützung, und diese unregelmäßig. Keine der interviewten 114 Witwen erhielt eine Witwenrente. Sie haben wenig Zugang zu Mikrokrediten. Im Jahr 2025 wird es 14,6 Millionen ältere Menschen im Land geben.
2. April 2011 Nach Angaben des Landesdirektors von Water Aid Bangladesh starben in den vergangenen zwei Jahren etwa 200 000 Kinder unter fünf Jahren durch einen Mangel an Hygiene und sauberem Trinkwasser.
12. April 2011 Täglich kommen weltweit 7200 Kinder tot zur Welt, 90 Prozent in armen Ländern. Hauptgründe sind nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO ungenügende medizinische Betreuung. Besonders hoch ist die Zahl der WHO zufolge in Pakistan (47 totgeborene Kinder auf 1000 Geburten), Nigeria (42 auf 1000) und in Bangladesch (36 auf 1000 Geburten).
19. April 2011 Nach einer Studie, die vom 18.1. bis zum 6.8.2010 in 175 000 Haushalten durchgeführt wurde, sank die Müttersterblichkeit von 322 pro 1000 Geburten im Jahr 2001 auf 194 pro 1000 Geburten 2010, ein Rückgang von 40 Prozent.

Drogen:

7. Mai 2011 Nach Aussage staatlicher Behörden nehmen fast 4,6 Millionen Einwohner, die meisten davon Jugendliche, illegale Drogen. Zu den häufigsten Drogen zählen Cannabis, Heroin, Phensidyl, Buprenorphine und Yaba.

Unglücksfälle/Naturkatastrophen:

(siehe auch: Umwelt)

21. April 2011 Bei einem Führungsglück im Osten Bangladeschs kommen mindestens 33 Menschen ums Leben. Dutzende weitere werden vermisst. Das Motorboot war mit mehr als 100 Passagieren auf dem Meghna 80 Kilometer nordöstlich von Dhaka unterwegs, als es auf ein Schiffswrack auffuhr und unterging.

1. Juli 2011 Am Stadtrand von Chittagong führen heftige Monsun-Regenfälle zu Erdbeben. Zwölf Menschen kommen ums Leben. Fünf werden noch vermisst.
10. Juli 2011 Bei einem schweren Verkehrsunfall in der Region Chittagong sterben 44 Kinder und Jugendliche. Auf der Rückkehr von einem Fußballturnier kam der Bus von der Straße ab und stürzte in einen Teich.

Umwelt/Natur/Klima:

(siehe auch: Korruption)

15. Dezember 2010 Bangladesch wird 2011 Geld vom Green Climate Fund erhalten, um die Anpassung des Landes an den Klimawandel zu unterstützen, sagte Hasan Mahmud, Minister für Forsten und Umwelt, bei der Rückkehr von der Klimakonferenz in Cancun. Das Geld würde für Aufforstung im Küstenbereich, Schutz vor Zyklonen und dem Ausbaggern von Flüssen verwendet werden. Bis 2012 solle ein Fond von 30 Milliarden US-Dollar bereitgestellt werden. Besonders verwundbare Länder sollten vorrangig Zugang haben. Langfristig bis 2020 sollen die entwickelten Länder 100 Milliarden US-Dollar zum Fond beisteuern – und zwar zusätzlich zur Entwicklungshilfe.
1. Februar 2011 Ein vom Green Belt Trust organisierte Tagung in Dhaka verabschiedet die „Declaration from Moscow to protect Tigers; empowerment of forest dependent people to protect bio-diversity in Sundarban“. Die Teilnehmer forderten die Regierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Sundarbans und den Bengalischen Tiger zu schützen und keinen Tourismus oder andere Formen der Kommerzialisierung zuzulassen. Es sprachen u. a. Raquibe Uddin Ahmed, Präsident der Alumni Vereinigung der Dhaka Universität, und Jasim Katabi, der Direktor von Green Belt Trust.
8. Februar 2011 Die staatliche Firma Petrobangla erklärt ihren Verzicht auf die Ausbeutung der Sundarbans. Ein neuer Plan soll feststellen, wo an Land und im Meer Erdgas zu finden ist. In den für ihre schützenswerten Mangrovenwälder bekannten Sundarbans werden große Gasvorkommen vermutet.
22. Februar 2011 Dhaka ist nach dem Global Liveability Ranking Report, herausgegeben von der Zeitschrift The Economist, die nach Harare am wenigsten lebenswerte Stadt.
2. März 2011 Karmajibi Nari von der Kampagne für nachhaltige ländliche Lebensverhältnisse forderte die Regierung auf, Frauen bei der Ausarbeitung von Strategien bei der Anpassung an den Klimawandel zu beteiligen. Sie fordert vom Ministerium für Umwelt und Forsten, dass der bangladeschische Strategie- und Aktionsplan zum Klimawandel die Bedürfnisse von Frauen berücksichtigen sollte. Gleichzeitig stellt die Organisation ihr neues Buch anlässlich des 100sten Internationalen Frauentags beim nationalen Presseclub vor. Die Verfasserin Sirajul Islam Abed betont die besondere

Verwundbarkeit von Frauen durch den Klimawandel in 30 Gegenden von Bangladesch.

9. März 2011 Die Eisdecken in Grönland und der Antarktis schmelzen nach Angaben der NASA schneller als bisher angenommen. Dadurch könnte der Meeresspiegel bereits bis 2050 um 15,2 Zentimeter steigen. Davon wäre Bangladesch als niedrig liegendes Küstenland besonders betroffen.
27. März 2011 Das Ministerium für Umwelt und Forsten sowie die Europäische Union werden in 17 Sundarban-Upazilas ein Fünf-Jahres-Projekt mit dem Titel „Sundarban Environmental and Livelihoods Security“ durchführen. Mit diesem auf 1,279 Milliarden Taka budgetierten Projekt sollen die Sundarbans, der größte Mangrovenwald der Welt, geschützt und neue Einkommensmöglichkeiten für die eine Million Menschen, die von den Sundarbans abhängig sind, geschaffen werden.
28. März 2011 Vertreter aus Bangladesch und den zwölf anderen Ländern mit einer Tigerpopulation beraten in Delhi über konkrete Maßnahmen zum Schutz der bedrohten Raubkatzen.
2. Mai 2011 Der Westen „versteckt“ einen Teil seiner CO₂ –Emissionen. Berichtet die Proceedings of National Academy of Sciences. Entscheidend sei nicht, wie viel Kohlendioxid in einem Land ausgestoßen werde, sondern wie viele CO₂-Emissionen mit dem gesamten Konsum in einem Land verbunden sind. Wenn ein Europäer ein Radio oder ein Kleidungsstück kaufe, falle der produktionsbedingte Klimagas-Ausstoß oft in Ländern wie China oder Bangladesch an. Die Untersuchung weist nach, dass bei Berücksichtigung aller im Ausland gekauften Güter Europa von 1990 bis 2008 seine CO₂-Emissionen nicht verringert, sondern im Gegenteil deutlich ausgeweitet hat.
1. Juni 2011 In vier Koffern auf dem Gepäckband finden thailändische Zollbeamte 451 lebende Schildkröten und sieben Reptilienbabys. Die aus Bangladesch eingereisten Schmuggler haben die Koffer wohl aus Angst vor den scharfen Kontrollen zurückgelassen.

Energie/Wasserversorgung/Verkehr:

(siehe auch: Umwelt, Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)

22. Februar 2011 Der bangladeschische Konzern Petrobangla, der Öl, Gas und Mineralstoffe abbaut, bietet der russischen Firma Gazprom Rechte an Teilen von Gasfeldern an. Ziel sei es, das Gasangebot wegen der nationalen Energiekrise ganz schnell auszuweiten.
1. März 2011 Abdus Salam Murshedy, Präsident der Vereinigung der Bangladeschischen Textilfabriken und Exportvereinigungen (BGMEA), und Hahedul Islam Helal, Vertreter der Industriekammer Bangladesch, kritisieren die Stromabschaltungen in den Abendstunden. Sie weisen darauf hin,

dass dadurch Produktion und Export empfindlich gestört würden. Auch würde dadurch dem Ansehen Bangladeschs als Produktionsstandort erheblicher Schaden zugefügt.

4. März 2011 Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage bei der Stromversorgung ist auf dem Land noch weitaus größer als in den Städten, berichtet die Zeitung „New Age“.
22. März 2011 Am UN-Wassertag richten die Vereinten Nationen ihren Blick auf die Mega-Städte in Asien, Afrika und Amerika und das dort oft nicht einmal in Ansätzen gelöste Problem der Versorgung mit trinkbarem Wasser. Besonders akut ist die Lage in Slums unter anderem in Bangladesch. Mehrere NGOs fordern in Dhaka, dass das Recht auf Wasser und auf Zugang zu sanitären Anlagen in die bangladeschische Verfassung aufgenommen wird.
24. März 2011 Premierministerin Sheikh Hasina spricht sich im Parlament für eine Änderung der Verfassung aus. So sollen künftig nur Unternehmen im öffentlichen Besitz Kraftwerke kaufen können. Sheikh Hasina ruft die Oppositionspartei BNP auf, den Antrag zu unterstützen.
11. April 2011 Im Jahr 2012 soll mit dem Bau von zwei Kernkraftwerken bei Rooppur in Ishwardi, Pabna, begonnen werden sagte der Minister für Wissenschaft und ICT dem Parlament. Sie sollen 2000 Megawatt Energie produzieren. Das Parlament hatte sich am 9. Dezember 2010 für Kernkraftwerke im Inland ausgesprochen. Bangladesch hat mit Russland ein Rahmenabkommen darüber getroffen, dass Russland Kernkraftwerke in Bangladesch baut. Die Außenministerin Dipu Moni hatte jetzt bei ihrem Besuch in Russland ganz besonders betont, dass Bangladesch sichere Kernkraftwerke wolle. Premierministerin Sheikh Hasina wird im Laufe des Jahres einen Vertrag dazu unterzeichnen.
8. Mai 2011 Experten warnen in einer Studie, dass das geplante Kohlekraftwerk in Rampal/Bagerhat im Südwesten die Sundarbans zerstören könnte. Federführend ist Abdus Sattar, Umweltwissenschaftler an der Bangladesh Agriculture University. Die Regierung hat bereits Vorbereitungen für den Bau getroffen und Land erworben.
21. Mai 2011 Das National Committee on Protection of Oil, Gas and Mineral Resources protestiert vor dem National Press Club in Dhaka gegen offenen Kohleabbau in Barapukuria und Phulbari und gegen Lizenzen zur Gasförderung im Golf von Bengalen an ausländische Konzerne. An der Spitze des Komitees stehen Scheich Mohammad Shahidullah und Anu Mohammad.

Kohleabbau:

8. Februar 2011 Das nationale Komitee zum Schutz von Öl, Gas, Mineralien, Häfen und Energie hat mit Demonstrationen gegen den Kohletagebau in Phulbari und gegen die Vergabe von Lizenzen zur Erdgasgewinnung an ausländische Firmen begonnen. Geplant seien Rallies in Dhaka Ende März, am 9. Februar in Chittagong, am 13. Februar in Rajshahi, am 25. Fe-

bruar in Barisal, am 10. März in Rangpur und in der zweiten Märzwoche zum zweiten Mal in Sylhet. In Khulna hat bereits am Samstag eine Demonstration stattgefunden.

25. Februar 2011 Das nationale Komitee zum Schutz von Öl, Gas, Mineralien, Häfen und Energie fordert die Regierung auf, ihren Plan Kohle in der Barapukuria Mine im Tagebau abzubauen, aufzugeben und die Landkäufe zu stoppen. Führende Vertreter wie Sheikh Muhammad Shaheedullah und Anu Muhammad äußern in Purana Paltan ihre Betroffenheit über die Tagebaupläne bezüglich Barapukuria and Phulbar, weil dadurch die Ernährungs- und Energiesicherheit und die Wasserressourcen bedroht würden. Sie stellen Forderungen und kündigten Demonstrationen an.
27. März 2011 Das nationale Komitee zum Schutz von Öl, Gas, Mineralien, Häfen und Energie führt eine sechsstündige Eisenbahn- und Straßen-Blockade in Phulbari in Dinajpur durch. Die Teilnehmer fordern die Erfüllung ihrer sieben Punkte einschließlich einer Kompensation für den Kohletagebau in Barapukuria und den Rückzug der ausländischen Firmen aus dem Energiebereich. Sheikh Mohammad Shahidullah ein Vertreter des Komitees sagt, dass die Leute den Kohletagebau wegen der massiven Zerstörungen nicht in ihrer Region erlauben werden. Anu Mohammad bezeichnet die Bewegung als den zweiten Unabhängigkeitskrieg nach 1971. Denn Unabhängigkeit meine Kontrolle über eigene nationale Ressourcen zu erlangen.
4. Mai 2011 Menschen aus Phulbari protestierten gegen den offenen Kohletagebau der Barapukuria Mine. Mindestens zwei Mitglieder des Nationalen Komitees zum Schutz von Öl, Gas, Mineralien, Energie und Häfen werden bei einem Zusammenstoß mit Arbeitern der Mine verletzt, als das Komitee eine Blockade der Schnellstraße und der Bahn durchführt. Weiter werden ihr Sprecher Aminul Islam Bablu von der Polizei festgehalten und ein anderer Aktivist, obwohl die Polizei dies bestritt. Die Demonstranten fordern Entschädigung für den offenen Kohletagebau und keine weitere Verfolgung ihrer Aktivisten.
10. Mai 2011 Deutschland engagiert sich derzeit nicht am Vorhaben zum Kohletagebau in Bangladesch. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor. Die geschätzten Kohlevorräte in der Region Phulbari könnten den Strombedarf des Landes für etwa 30 Jahre decken, heißt es weiter. Sollte sich die Regierung Bangladeschs für einen Abbau entscheiden und die Bundesregierung um Hilfe bitten, würde diese unter anderem prüfen, ob das Vorhaben aus ihrer Sicht "rohstoffwirtschaftlich und entwicklungspolitisch nachhaltig, energiepolitisch sinnvoll, klimapolitisch und unter dem Aspekt der Ernährungssicherheit tragbar sowie sozial- und umweltverträglich ist".
31. Mai 2011 Josef Sayer, Hauptgeschäftsführer des katholischen Hilfswerks Misereor, begrüßt die Empfehlungen zum Atomausstieg in Deutschland. Zugleich warnt er vor neuen Kohlekraftwerken. Damit wäre eine effiziente Klimaschutzpolitik gefährdet. Schon jetzt litten vor

allem die Ärmsten der Armen unter den Folgen der Klimaerwärmung, wie Beispiele unter anderem in Bangladesch zeigten. Misereor wolle verstärkt Technologien für erneuerbare Energien in ärmeren Ländern fördern. 2010 hat die Hilfsorganisation die Rekordsumme von 194,3 Millionen Euro eingenommen.

Wirtschaft, Außenwirtschaft:

- (siehe auch: Demonstrationen, Textilindustrie, Energie)
- Januar 2011 Nach einer Prognose der Zentralbank Bangladeschs wird die Wirtschaft des Landes im Haushaltsjahr Juli 2010 bis Juni 2011 ein Wachstum von 6,7 Prozent hinlegen.
28. März 2011 Der Münchner Siemens-Konzern richtet eine neue Konzernsparte unter dem Titel „Infrastructure and Cities“ ein. Sie soll Lösungen anbieten, die das Leben in den Megastädten der Welt erträglich machen. Dazu gehören der Bau von U-Bahnen, die Installierung von leistungsfähigen Stromnetzen und eine sichere Gebäudetechnik. Unter den Städten, die von Konzernchef Peter Löscher ausdrücklich genannt werden, ist Dhaka mit 14.6 Millionen Einwohnern.
9. Mai 2011 Die Europäische Union will Zollrabatte für bis zu 100 Länder von 2014 an streichen. 80 Länder, darunter Bangladesch, sollen jedoch ausgenommen werden, erklärt EU-Kommissar Karel De Gucht. 2009 fielen Importe im Wert von 4,5 Milliarden Euro aus Bangladesch, meist Textilien, unter die Zollpräferenz. Damit rangiert das Land auf Platz 2 hinter Indien (13,1 Milliarden) und vor Thailand (4,2).
11. Mai 2011 Der Softwareverband BSA (Business Software Alliance) beklagt in München die illegale Verbreitung von Programmen. Die höchste Pirateriequote hätten Georgien (93 Prozent), Zimbabwe (91) und Bangladesch (90), die niedrigste USA, Japan und Luxemburg (jeweils 20 Prozent).

Textilindustrie:

- (siehe auch: Menschenrechte, Demonstrationen/Streiks, Energie)
12. Dezember 2011 Bei Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Textilarbeitern und der Polizei kommen in Dhaka, Chittagong und Narayanganj insgesamt drei Menschen ums Leben. Mehr als 200 werden verletzt. Besonders gewalttätig sind die Demonstrationen in Chittagong, wo Beschäftigte einer koreanischen Firma in der Exportzone ebenfalls für höhere Löhne demonstrieren.
24. Februar 2011 Bei einer Protestkundgebung in Dhaka verlangen Politiker und Gewerkschaftsführer die sofortige Freilassung der Textil-Gewerkschaftsführerin Mushrefa Mishu. Sie wurde am 13. November 2011 inhaftiert. Zwei Anklagen lauten auf Anstiftung zu Arbeitsunruhen.

27. Februar 2011 Das Direktorat für Frauenangelegenheiten der Regierung und die Vereinigung der Besitzer von Textilfabriken unterzeichnen ein Memorandum, dass arbeitende Mütter eine finanzielle Unterstützung erhalten, um die Ernährung ihrer Kinder zu gewährleisten. Liegt der monatliche Lohn unter 500 Taka werden sie nach der ersten oder zweiten Geburt über 24 Monate 350 Taka erhalten.

Seepiraterie:

28. Februar 2011 Drei mutmaßliche Piraten werden beim „Feuergefecht“ mit dem RAB in Bagerhat und Dakkhin getötet; darunter der Gangleader Kamrul Ahsan Tipu.

12. März 2011 Nach Aussage des Staatssekretärs des Außenministerium, Mustafa Kamal, wird das Schiff Jahan Moni, das Nickel geladen hat und am 5. Dezember 2010 von somalischen Piraten entführt wurde, am heutigen Tag oder am Folgetag freigelassen. An Bord befinden sich 25 bangladeschische Seeleute und die Ehefrau eines Besatzungsmitglieds. Über eine Lösegeldzahlung wisse er nichts.

Außenpolitik:

(siehe auch: Menschenrechte, Bangladesch im weiteren Ausland)

18. Februar 2011 Premierministerin Sheikh Hasina äußert die Hoffnung, Bangladesch könne eine höhere Position in der planenden [policy making] Ebene der UN-Friedensmissionen erhalten. Schließlich stelle das Land die meisten Blauhelme.

22. Februar 2011 Der libysche Botschafter in Bangladesch legt aus Protest gegen die gewaltsamen Übergriffe des Regimes in seiner Heimat zurück.

Bangladesch und Indien:

7. Januar 2011 Die 15-jährige Felani aus Ramkhana in Kurigram wird von indischen Grenzposten erschossen, als sie bei Lalmonirhat von Westbengalen nach Bangladesch die Grenze überquert. Stundenlang hängt ihr Leichnam über dem Stacheldrahtzaun.

31. Januar 2011 An der Grenze von Putkhali halten indische Grenzposten einen 30-jährigen Bangladeschi aus Putpara im Sharsha Upazila fest und schlagen ihn so heftig, dass er bewusstlos wird. Dann lassen sie ihn liegen. Anwohner finden ihn und bringen ihn ins Krankenhaus.

5. Februar 2011 In Dawki in Meghalaya übergeben bangladeschische Behörden drei Mitglieder der Vereinigten Befreiungsfront von Assam an indische Grenzsicherer.

7. Februar 2011 Die Border Guard Bangladesh erhält von indischen Grenzposten nach 56 Tagen die Leiche eines 26-jährigen Viehhändlers, der am 13. Dezember 2010 an der Grenze von Vadiali von BSF-Mitgliedern aus dem Hakimpur-Camp erschossen worden war.
17. Februar 2011 An der Grenze von Putkhali foltern indische Grenzposten einen 30-jährigen bangladeschischen Viehhändler aus Syamlagachhi u.a. mit Elektroschocks zu Tode. Anschließend werfen sie ihn in den Grenzfluss. Seine Kollegen bergen ihn und bringen ihn ins Krankenhaus, wo er für tot erklärt wird.
25. Februar 2011 An der Grenze von Rudrapur im Sharsha Upazila wird ein bangladeschischer Viehhändler von indischen Grenzposten des Tetulbaria-Camps zusammengeschlagen und mit scharfen Waffen verletzt. Später setzten sie ihn im kritischen Zustand an der Grenze aus, von wo ihn Dorfbewohner ins Krankenhaus bringen.
28. Februar 2011 An der Grenze von Putkhali wird ein Viehhändler aus Dighirpara von indischen Grenzposten des Angrail-Camps heftig geschlagen. Später lassen sie ihn an der Grenze liegen. Dorfbewohner bringen ihn in ein Krankenhaus, wo sein Zustand als kritisch eingestuft wird.
1. März 2011 In einem Dorf an der Dona-Grenze im Kanaighat Upazila werden zwei junge Bangladeschis mutmaßlich von Angehörigen der Khasia getötet.
11. März 2011 An der Grenze von Khanpur bei Paba in Rajshahi werden bei einem Übergriff von indischen Grenzposten mindestens 17 Bangladeschis aus dem Shibganj Upazila verletzt, einer davon befindet sich in einem kritischen Zustand. Es wird auch von zwei Toten berichtet, die von einem Fahrzeug überrollt wurden. Zu dem Zeitpunkt waren einige hundert Viehhändler mit ihren Herden auf dem Weg zurück nach Bangladesch, als die Grenzposten sie einfingen und schlugen.
13. März 2011 Nach einem fünftägigen Treffen zwischen Vertretern der indischen und der bangladeschischen Grenzschutzbehörden entscheidet die indische BSF, an mehreren Stellen der Grenze probeweise nichttödliche Waffen einzuführen, um das Töten unbewaffneter Zivilisten zu verhindern.
24. März 2011 Nach Aussage von Innenministerin Sahara Khatun wurden vom 1.1.2009 bis zum 14.3.2011 von indischen Grenzposten 136 Bangladeschis getötet und 170 verletzt. Nach einem Treffen beider Seiten am 18. und 19.1.2011 hätten die indischen Behörden entschieden, BSF-Mitglieder, die der Tötung an der Grenze schuldig seien, zu bestrafen.
1. April 2011 Nach Angaben örtlicher Bewohner erschießen Angehörige der Khasia bei Gowainghat in Sylhet an der Grenze von Bisnakandi einen 25-jährigen Bangladeschi aus Bhitargul und verletzen einen weiteren Mann.

8. April 2011 An der Grenze von Dandpur im Birampur Upazila wird ein 40-jähriger Bangladeschi aus Damarpara von indischen Grenzposten durch Schüsse verletzt.
10. April 2011 An der Grenze von Rokanpur-Nitpur in Porsha wird ein 35-jähriger Viehhändler aus Rokanpur Nagapara von indischen Grenzposten getötet und ein 45-jähriger Bangladeschi verletzt.
11. April 2011 In Paba an der Grenze von Sonaikandi wird ein 30-jähriger Viehhändler aus Berapara von indischen Grenzposten erschossen.
18. April 2011 In Satkhira an der Grenze von Gazipur werden ein 20-jähriger Viehhändler aus Basautapur von indischen Grenzposten getötet und ein weiterer Bangladeschi verletzt.
29. April 2011 In Satkhira an der Grenze von Ghona werden ein 26-jähriger Viehhändler aus Banshdah von indischen Grenzposten getötet und zwei weitere verletzt.
6. Mai 2011 Im Sadar Upazila an der Grenze von Gazipur wird ein 35-jähriger Viehhändler aus Bharukhali von indischen Grenzposten angeschossen. Im kritischen Zustand wird er in ein örtliches Krankenhaus gebracht.
12. Juli 2011 Die Vereinigte Befreiungsfront von Assam (Assam) erklärt einen einseitigen Waffenstillstand und unterbreitet der Regierung ein Friedensangebot. Der Konflikt in dem nordöstlichen Bundesstaat hat seit 1979 etwa 20 000 Menschenleben gefordert. Unter anderem wandte sich die Rebellengruppe gegen die Einwanderer aus Bangladesch. Migranten waren wiederholt Ziel von Anschlägen.

Rohingyas/Myanmar:

11. April 2011 Die Behörden in Myanmar nehmen 146 Menschen, darunter mehr als 80 Rohingya fest, die mit einem Schiff aus Bangladesch kamen und Ende März an einem Strand aufgegriffen wurden. Schlepper hatten ihnen gesagt, sie seien in Thailand. Rohingya leben hauptsächlich im Rakhine-Staat im Westen Myanmars. Die Rohingya sollen nach Maungdaur in den Rakhine-Staat gebracht werden und die übrigen wegen illegaler Einwanderung angeklagt werden.

Bangladeschis im weiteren Ausland:

(siehe auch: Demonstrationen, Streiks)

16. Februar 2011 In Kambodscha werden zwei Bangladeschis, Rafiqul Islam und Humayun Kabir, wegen der Androhung von Terroranschlägen zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Sie sollen Drohbriefe an die britische, amerikanische und australische Botschaft in Phnom Penh geschickt haben.

20. Februar 2011 Bei Protesten in der libyschen Hauptstadt Tripolis werden 15 bangladeschische Arbeitnehmer einer sudkoreanischen Firma verletzt. Auf der Baustelle arbeiten mehr als 1600 Arbeitnehmer aus Bangladesch und etwa 50 Südkoreaner. Insgesamt leben in Libyen mehr als 60 000 Bangladeschis.
24. Februar 2011 Nach Aussage des bangladeschischen Botschafters in Tripolis, ABM Nuruzzaman, haben Bangladeschis, die in Libyen arbeiten, auf Grund des dortigen bewaffneten Aufstandes damit begonnen, das Land zu verlassen. Etwa 60 000 Bangladeschis halten sich im Land auf, hauptsächlich in Tripolis und Benghasi. Die Regierung ruft Ägypten und Tunesien dazu auf, den Bangladeschis vorübergehend Schutz zu gewähren, auch wenn sie keine Reisepapiere hätten. 750 Bangladeschis haben sich an der Grenze zu Ägypten gesammelt.
26. Februar 2011 Die Regierung in Dhaka bittet Südkorea und China um Unterstützung bei der Evakuierung bangladeschischer Gastarbeiter aus Libyen.
- Etwa 2000 Bangladeschis aus Libyen haben Ägypten, Tunesien oder Griechenland erreicht. Weitere 6000 werden wahrscheinlich in ein oder zwei Tagen Libyen verlassen können.
28. Februar 2011 Ein Londoner Gericht verurteilt einen 31-jährigen Einwanderer aus Bangladesch, die Fluggesellschaft British Airways für einen Bombenanschlag von Al Khaida ausspioniert zu haben.
2. März 2011 Nach Auskunft des Außenministeriums werden heute 527 Bangladeschis aus Libyen in Dhaka erwartet, weitere 750 sollen in den nächsten 24 Stunden folgen. 3000 sitzen zurzeit an der Grenze zu Tunesien fest und 3500 an der Grenze zu Ägypten. Der Übergang nach Tunesien ist schwierig, da es in dem Land keinen bangladeschischen Regierungsvertreter gibt.
4. März 2011 Nach Aussage von Außenministerin Dipu Moni haben sich etwa die Hälfte der Bangladeschis in Libyen auf den Weg in sichere Gebiete gemacht. Etwa 11 000 konnten am Vortag über die geöffnete Grenze nach Tunesien.
9. März 2011 Von den 60 000 Bangladeschis in Libyen sind erst 2000 wieder in ihrer Heimat eingetroffen. Viele, die sich über die Grenze nach Tunesien retten wollten, wurden von loyalen Truppen des Regimes gehindert, das Land zu verlassen. Im Ausland lebende Bangladeschis haben 2010 insgesamt 11,1 Milliarden Euro nach Bangladesch überwiesen.
10. März 2011 Der Staatssekretär des bangladeschischen Außenministeriums berichtet, dass drei von vierzehn Bangladeschis, die auf dem Schiffsweg nach Griechenland waren und vor dem Hafen Souda Bay auf Kreta über Bord sprangen, ertrunken sind. Elf weitere werden zunächst vermisst. Ihre Leichen werden in den folgenden Tagen geborgen.

14. März 2011 Eine griechische Fähre bringt 1300 Bangladeschis aus Libyen nach Kreta. Kurz vor dem Anlegen des Schiffes springen Dutzende von Bord. Möglicherweise wollten sie nicht in ihre Heimat abgeschoben werden, sondern versuchen, in Europa zu überleben. Dabei kommen mindestens zehn Menschen ums Leben.
- Bis heute sind 18 857 Bangladeschis aus Libyen nach Bangladesch zurückgekehrt.
15. März 2011 Die Botschaft Bangladeschs soll aus Sorge vor den Folgen der Atomkatastrophe in Fukushima von Tokio in den Süden Japans verlegt werden. Außenministerin Dipu Moni appelliert zudem an die in Japan lebenden 12 000 Landsleute, ebenfalls in sichere Gebiete umzuziehen.
- 52 Bangladeschis, die sich nach dem Erdbeben und Tsunami noch in Sendai im Nordosten Japans aufhielten, werden an einen sicheren Ort gebracht.
16. März 2011 In Bahrain in der Hauptstadt Manama sterben zwei Bangladeschis auf dem Weg von der Arbeit zu ihrer Unterkunft. Sie werden von einem LKW mit Regierungsgegnern überrollt.
- Mittlerweile sind 25 971 Bangladeschis aus Libyen nach Bangladesch zurückgekehrt.
18. März 2011 In London wird der 31 jährige Rajib Karim, der bei der British Airways arbeitete, zu 30 Jahren Haft verurteilt. Er wird für schuldig befunden, nach einem Treffen mit einem radikalen jemenitischen Kleriker geplant zu haben, in einem Flugzeug eine Bombe anzubringen.
31. März 2011 Libysche Behörden entlassen 22 Bangladeschis aus dem Twaisha-Gefängnis. Sie waren wegen verdächtigen Verhaltens festgenommen worden. Bisläng sind 33 503 Bangladeschis aus Libyen zurückgekehrt.
11. April 2011 Das Kabinett ratifiziert die internationale Konvention zum Schutz von Wanderarbeitern und deren Familien. Die FIDH und Odhikar begrüßen diesen Schritt.
19. April 2011 Nach Auskunft des Außenministeriums sind bislang 35 493 Bangladeschis aus Libyen nach Bangladesch zurückgekehrt.
22. Mai 2011 In der Nähe der nordwestenglischen Atomanlage Sellafield werden fünf Einwanderer aus Bangladesch wegen Terrorverdacht festgenommen. Zwei Tage später kommen sie schon wieder frei. Unter den britischen Anti-Terror-Gesetzen kann die Polizei jeden festnehmen, der unter „ausreichendem Verdacht“ steht, ein Terrorist zu sein.

Entwicklungszusammenarbeit/Weltbank:

- (siehe Yunus ausgebootet, Kohleabbau, Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)

Sport:

- 17.2.-2.4. 2011 Die Cricket-Weltmeisterschaften werden erstmals auch in Bangladesch ausgetragen (außerdem in Indien und Sri Lanka).
2. Juli 2011 In der Qualifikation zur nächsten Fußball-Weltmeisterschaft schaltet Bangladesch Pakistan mit 0:0 und 3:0 aus.

Deutsch-Bangladeschische Beziehungen:

(siehe auch: Außenwirtschaft, Kohleabbau)

13. November 2010 Die Andheri-Hilfe feiert ihren 50. Geburtstag. Gegründet wurde sie 1960 von der heute 83-jährigen ehemaligen Religionslehrerin Rosi Gollmann. Die Organisation betreibt etwa 200 Entwicklungsprogramme in Indien und Bangladesch.
18. Februar 2011 Auf Einladung der Deutschen Welle diskutieren in Bonn der bangladeschische Botschafter Mosud Mannan, Netz-Geschäftsführer Ingo Ritz, Edda Kirleis (EED) und der Journalist Abdullah Al-Farooq im Blick Bangladesh über die Frage „pan-islamische Identität oder Erhalt der Kulturnation“. Zuvor wurde eine Ausstellung von Kunstwerken von Schülern des Nikolaus-Cusanus-Gymnasiums und der Robert-Koch-Schule in Bonn zum Thema „Muttersprache und Sprachenvielfalt“ eröffnet. Die Werke entstanden unter Anleitung des aus Bangladesch stammenden Künstlers Maruf Ahmed.
28. März 2011 Die Botschaft der Volksrepublik Bangladesch lädt zu einem Empfang aus Anlass des 40. Jahrestages der Unabhängigkeit ins Atrium der Deutschen Bank in Berlin ein.
13. bis 15. Mai 2011 „Netz“ berät in Kassel über das Bildungssystem in Bangladesch.
21. Juni 2011 Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) und EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs landen auf der dritten Station ihrer Südasienreise nach Afghanistan und Pakistan in Bangladesch.
22. Juni 2011 Am zweiten Tag ihres Bangladeschbesuchs besichtigen Niebel und Piebalgs Projekte, die Zugang zu Bildung, erneuerbaren Energien und Erwerbseinkommen fördern. Die erste Etappe im Umland der Stadt Jessore führt die beiden Politiker zu einer durch die EU finanzierten Grundschule. "Die größte Ressource Bangladeschs ist seine Bevölkerung, nämlich geschätzte 160 Millionen Einwohner, davon über 60 Millionen Kinder", sagte Niebel. "Bildung ist unabdingbar, damit sie ihre eigene Zukunft sichern und ihren Beitrag zur Entwicklung Bangladeschs leisten können. Nur wenn wir dabei auf Arbeitsteilung unter den Gebern setzen, sind wir effizient. Deshalb engagiert sich hier die EU-Kommission, während Deutschland sich auf den zweiten Schlüssel-sektor Gesundheit konzentriert." Weitere Station ist ein von Deutschland unterstütztes Energieprogramm. Die Verbreitung von Solarstromanlagen und der Bau effizienterer Herde leisten einen Beitrag zur Be-

wältigung der Energiekrise Bangladeschs und zeigen Wege zur schonenden Ressourcennutzung auf - eine essentielle Frage in dem stark vom Klimawandel bedrohten Land, so das Entwicklungsministerium. Am Abend steht ein Austausch mit Vertretern der Wirtschaft auf dem Programm, bei dem Niebel auch den Erfinder des Mikrokredits und Nobelpreisträger Prof. Mohammad Yunus würdigt. Yunus wird auf Einladung von Dirk Niebel im November am "Zukunftsforum Globale Entwicklung" des BMZ teilnehmen. Der Minister trifft sich auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft des Landes. Diese benennen die aktuellen Herausforderungen bei der Verbesserung der Menschenrechte und der Pressefreiheit sowie bei der Überwindung des Hungers. Die Menschenrechtlerin Sultana Kamal sagt zur aktuellen Politik: "Die Demokratie in unserem Land erstrahlt nicht gerade in einem hellen Licht. Wir erwarten von der Regierung deutlichere Fortschritte." Hierzu zählten die Stärkung der nationalen Menschenrechtskommission sowie die Freiheit von Presse und nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen.

23. Juni 2011

Nach dem Besuch eines Gesundheitszentrums besichtigen Dirk Niebel und Andris Piebalgs eine Textilfabrik, die sich – in Zusammenarbeit mit dem deutschen Einzelhandelskonzern Otto – der Einhaltung besonderer Sozial- und Umweltstandards verpflichtet hat. Niebel zeigt sich besonders beeindruckt: "Die bangladeschische Wirtschaft hat ein großes Potenzial, die Entwicklung des Landes nachhaltig voranzubringen. Dazu muss sie die Rechte der Arbeiter achten und ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Ich freue mich, dass wir mit unserer Unterstützung dafür sorgen konnten, dass weitere 300 Unternehmen jetzt internationale Kernarbeitsnormen einhalten." Am Nachmittag weihte der Staatsgast das "Deutsche Haus" ein, in dem die staatlichen Entwicklungsorganisationen GIZ, KfW und DEG gemeinsam mit der bilateralen Handelskammer und der Konrad-Adenauer-Stiftung unter einem Dach arbeiten werden. "Der enge Austausch von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist einer der Schlüssel für eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit", sagte Niebel. Niebel und Andris Piebalg treffen Außenministerin Dipu Moni, Oppositionsführerin Khaleda Zia und Vertreter der internationalen Gebergemeinschaft.

24. Juni 2011

Auf einer Pressekonferenz von Dirk Niebel und Andris Piebalgs fällt plötzlich der Strom aus. Niebel nimmt dies zum Anlass, um Bangladesch vor dem Einstieg in Kernkraft zu warnen. Kein guter Plan der Regierungen in Dhaka und Moskau, findet Niebel. Die Gegend, in der das Kraftwerk stehen soll, sei erdbebengefährdet und biete nicht genügend Kühlwasser für die Reaktoren. Hinzu komme die ständige Gefahr von Überschwemmungen. EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs, der Niebel auf seiner Asienreise begleitet, drückt sich deutlicher aus: "Das Projekt ist völlig unreal." Weder könne Bangladesch die Milliarden-Investitionskosten für ein solches Kraftwerk stemmen, noch gebe es das Personal, um es zu betreiben. Es handle sich um ein reines Prestigeprojekt. Niebels Besuch in Bangladesch war der erste eines deutschen Entwicklungshilfeministers seit 15 Jahren.

Anmerkung: Die Chronik erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Meldungen sind vor allem bangladeschischen und internationalen Zeitungen sowie Berichten verschiedener Organisationen entnommen.